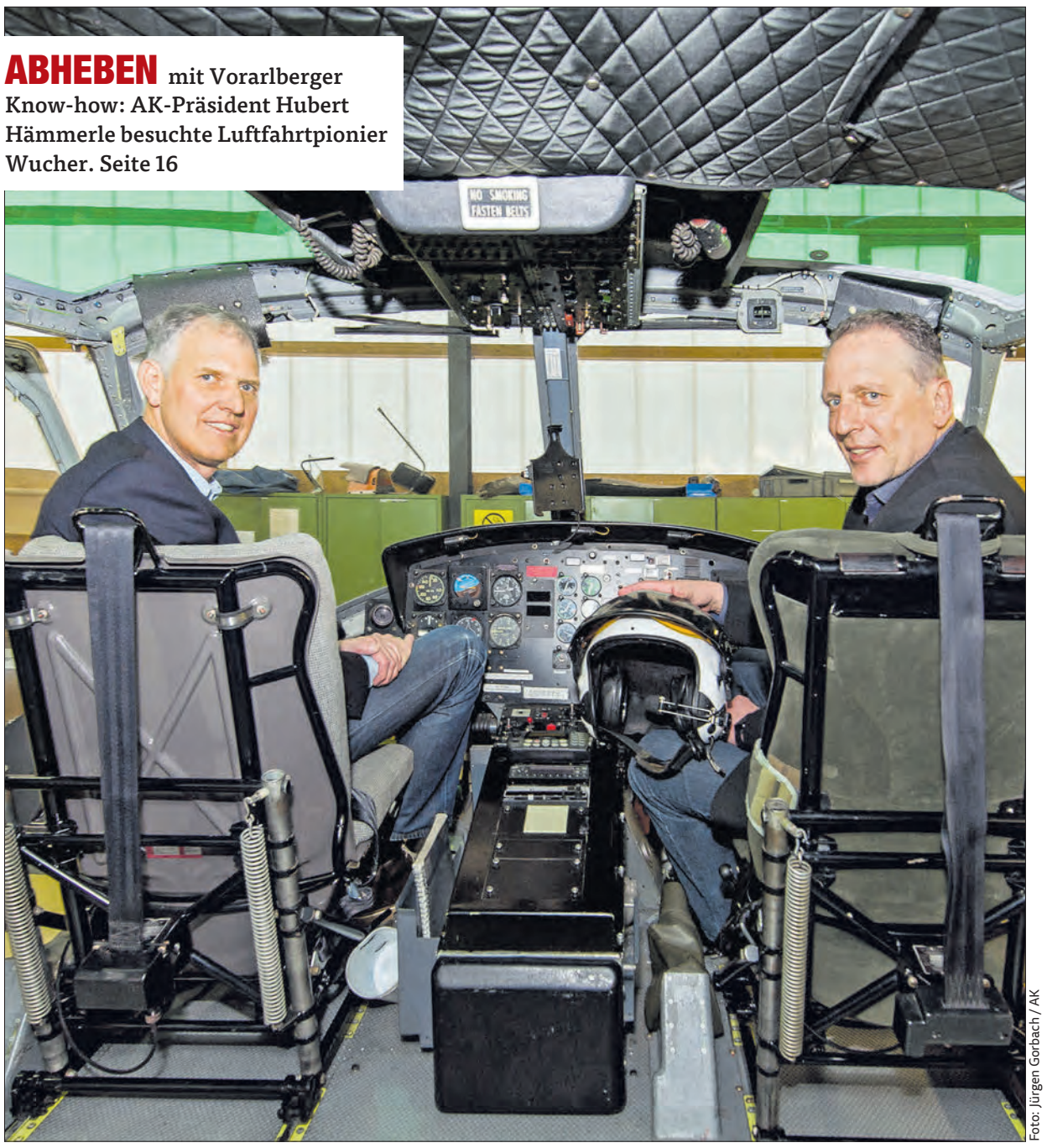
ELTERNTEILZEIT Noch zu wenig bekannt. Seite 6

FESTSPIELE Über Ihre AK zu verbilligten Karten. Seite 11
STEUERSPAR-TAGE Hunderte nutzen das Angebot. Seite 14
KONSUMENT **Roaming ade – oder doch nur Bluff? Seite 9**

März 2017
Nr. 3/2017, XXXI. Jahrgang
Zugestellt durch Post.at

AKtion

Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz



ABHEBEN mit Vorarlberger Know-how: AK-Präsident Hubert Hämmerle besuchte Luftfahrtpionier Wucher. Seite 16

Foto: Jürgen Gorbach / AK

Der Preis der frühen Abbrüche

Neue AK-Studie über Bildungsarmut. 6000 Vorarlberger Jugendliche sind betroffen.

ARMUTSZEUGNIS. Schaut so die große Freiheit aus? Möglichst früh raus aus der Schule? Vielleicht verspricht ein Job als Hilfsarbeiter ja schnelles Geld?

6000 Vorarlberger in der Altersgruppe der 15- und 24-Jährigen haben nur die Pflichtschule besucht, nichts weiter. Das ist in etwa so viel, wie Frastanz Einwohner hat, oder Nenzing oder Hörbranz. Die Folgen sind für den Einzelnen, aber auch volkswirtschaftlich verheerend.

Das Institut für Höhere Studien in Wien (IHS) beschreibt im Auftrag der AK Vorarlberg Gegenwart und Zukunft der bildungsarmen jungen Bevölkerung: Wer nur die Pflichtschule besucht hat, wird leichter arbeitslos. Findet sie oder er einen Job, dann ist der Lohn gering. Die Betroffenen können deshalb weniger Steuern zahlen und nur geringe Beiträge zur Sozialversicherung leisten. Ihre Kaufkraft ist klein, ihre Zukunft trist.

Die Studie belegt erschreckend deutlich den Totalschaden, den Bildungsarmut verursacht. „Da verschwenden wir zudem Potenzial für den Wirtschaftsstandort Vorarlberg“, beklagt AK-Direktor Rainer Keckeis. Die Studie wirft ein entlarvendes Licht auf die viel zu teuren späten Interventionen, die man sich sparen könnte, wenn die schulische Basisausbildung verbessert würde. Die AK erhebt eine Reihe an Forderungen, u. a. nach einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr für jene, die es nötig haben. ▶ Seiten 4/5

Verdeckte Steuererhöhung schlägt weiter zu

AK-Präsident Hämmerle zur versäumten Abschaffung der Kalten Progression: „Die Stimmen tausender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Vorarlberg und Tirol verhallten in Wien offenbar ungehört.“

BILANZ. Die Regierung hat die Kalte Progression nur lauwarm angetastet. Das reicht vielen Vorarlbergern nicht. „Sie fühlen sich nicht ernst genommen“, kritisiert AK-Präsident Hubert Hämmerle und verweist auf tausende Postkarten aus dem Ländle, die ein endgültiges Aus für die versteckte Steuererhöhung fordern. Denn jede Gehaltserhöhung bedeutet zwar brutto mehr Lohn. Bleiben jedoch die Steuerstufen unverändert, zahlt man immer höhere Lohnsteuern. Das kann die Regierung nur verhindern, wenn sie die Steuerstufen ebenfalls um die Inflation anhebt. Schweizer, Norweger und andere haben das längst hingebracht. Nur Österreich nicht.

Die Bundesregierung hat in einer sehr ostösterreichischen Lösung die Kalte Progression „a bisserl abgeschafft“: Denn erst, wenn die kumulierte Inflation über mehrere Jahre fünf Prozent übersteigt, werden die Steuerstufen künftig automatisch angepasst. Auch das gilt fix nur für die zwei unteren Steuerstufen, also von 0 bis 11.000 bzw. von 11.000 bis 18.000 Euro. Bei allen Einkommensteilen darüber schlägt die Kalte Progression weiter voll zu. ▶ Seite 16

Mindestens 1260 Stunden Berufsschule

Künftig sollen alle Lehrlinge in Österreich mindestens 1260 Stunden in die Berufsschule gehen. Das sieht ein neues Gesetz vor, das in Begutachtung geschickt wurde. Die Regelung kommt vor allem den Lehrlingen in Gastronomie und Einzelhandel zugute „Damit wird unsere langjährige Forderung erfüllt“, sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle. ▶ Seite 15

Zeitwort

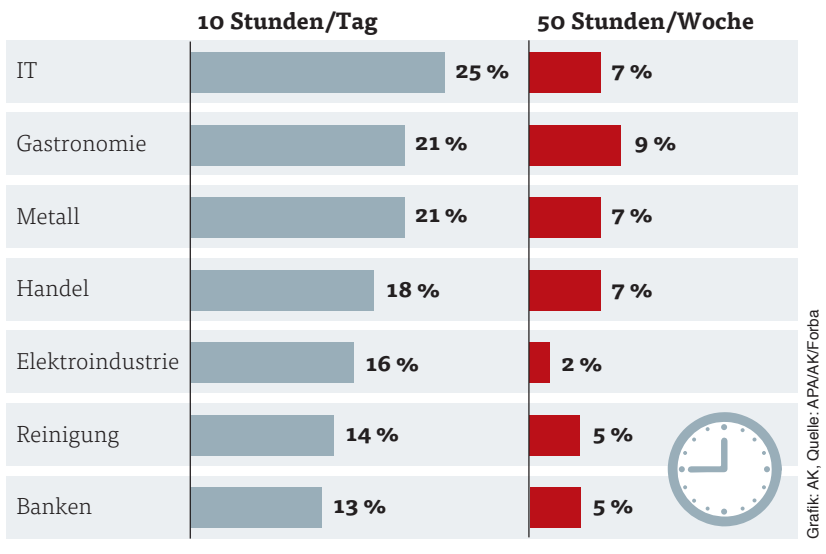
Zu wenig geschätzt

Der Salzburger Schriftsteller Karl-Markus Gauß und sein bosnischer Kollege Dževad Karahasan saßen eines Tages in einem Kaffeehaus und haben, wie das in der schreibenden Zunft so ist, beim kleinen Schwarzen klug über die großen Probleme des Lebens philosophiert. Da stand unversehens die Frage im Raum, wie die Zerstörung der Stadt Sarajewo im furchtbaren Jugoslawienkrieg der 1990er-Jahre wohl hätte verhindert werden können. Mitten in das nachdenkliche Schweigen hinein fiel der Satz: „Wir hätten sie mehr lieben müssen.“

Ziemlich sicher gilt derselbe Satz auch für das oft geschmähte Europa, dem wir seine Zukunft, all die gemeinsamen Möglichkeiten und den Frieden so gern beim Bier am Stammtisch aberkennen. Gewiss: Liebe ist keine politische Tugend. Aber späte, reuevolle und schmerzliche Erkenntnis auch nicht. Die tut nur weh. *tm*

Überlange Arbeitszeiten in Österreich

Anteil der Arbeitnehmer mit mehrmals pro Monat Arbeitszeiten von mehr als ...



Grafik: AK, Quelle: APA/AK/Forba

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

Telefon zum Ortstarif 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrling/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frau – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

www.ak-vorarlberg.at
/akvorarlberg
/user/AKVorarlberg

Leitartikel von AK-Direktor Rainer Keckeis

Die Einkommen sinken

Die verfügbaren Nettoeinkommen der Arbeitnehmer sind seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr gestiegen. Das ist ein Skandal angesichts der großen wirtschaftlichen Vorteile, die der EU-Beitritt unseren Betrieben gebracht hat. Aufgrund der stagnierenden Arbeitnehmereinkommen hat sich seither unsere relative Lohnstückkostenposition im Vergleich zu den Handelspartnern markant verbessert. Wie das WIFO in einer Studie berechnete, sind die Lohnstückkosten aber nicht in dem Ausmaß gestiegen wie die Preise. Diese sind wesentlich stärker gestiegen als die Lohnstückkosten.

Faire Verteilung der Gewinne wäre wirtschaftlich gesehen klug.

Vereinfacht gesagt entstand also ein Teil der Inflation nicht aufgrund des Zuwachses der Löhne, sondern wegen der enormen Steigerung der Unternehmensgewinne. Das wäre so lange nicht alarmierend, wie diese Gewinne wiederum in die Unternehmen investiert würden. Das aber ist in viel zu geringem Ausmaß der Fall. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm seit der Krise 2008 nur geringfügig zu. Dafür investieren heimische Unternehmen in großem Stil in den Immobilienmarkt. Grund und Boden wird, wo immer er zum Verkauf steht, zu hohen Preisen gehortet. Auf der Bank bringen die Gewinne derzeit zu wenig Ertrag, und die Sparpolitik in der europäischen Union führt zu geringen Wachstumsraten und somit zu wenig Neigung der Unternehmen, in einen Kapazitätsausbau zu investieren. Auf die exzellente Idee, einen Teil der Gewinne auch an die am Zustandekommen derselben maßgeblich beteiligten Arbeitnehmer zu verteilen, kommen die Unternehmen natürlich nicht. Obwohl dies die Wirtschaft am meisten stimulieren würde. Da wird lieber gejammert, wie schlecht die wirtschaftlichen Aussichten sind.

▶ **E-Mail:** direktion@ak-vorarlberg.at

Gastkommentar von Dieter Hämmerle

LEHRE 2025 oder LEERE 2025?

Jedes Jahr im Frühling, wenn sich die Betriebe auf die Suche nach neuen Lehrlingen machen, wird mir klar, wie viele hervorragende, international ausgerichtete Unternehmen und leistungsstarke Klein- und Mittelbetriebe es in der Region gibt. Junge Auszubildende sind daher stark umworben. Und das stellt die Vorarlberger Unternehmen vor große Herausforderungen. Wenn wir nämlich unsere Wettbewerbsfähigkeit und Innovation stärken möchten, müssen wir Pioniergeist und Innovationsbereitschaft auch bei unserer Jugend wecken und fördern. Sie ist unsere (Über-)Lebensversicherung!

Die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen brauchen wir dringend.

Um Fehlentscheidungen in der Berufswahl zu minimieren, sollten die gemeinsame Schule der 10- bis 14 -Jährigen und ein verpflichtendes neuntes Schuljahr als Berufs- und Studienorientierungsjahr für alle Kinder schnellstens realisiert werden. Unternehmen und höhere Schulen können optimal darauf aufbauen und jungen Menschen mit einer qualifizierten Ausbildung interessante berufliche Perspektiven bieten. Die duale Lehre ist eine tolle praktische Ausbildungsmöglichkeit und gehört nach wie vor aufgewertet.

In einem Umfeld von innovativen Ausbildungsbetrieben und in enger Zusammenarbeit mit Schule und Wirtschaft bin ich zuversichtlich gestimmt, die Erwartungen der künftigen Generationen, denen Arbeit auch Spaß machen sollte und denen die Werte eines Unternehmens und die soziale Sicherheit sehr wichtig sind, erfüllen zu können.

▶ **E-Mail:** Dieter.Haemmerle@blum.com

Dieter Hämmerle ist Ausbildungsleiter bei Blum

„Mit Reda kond d'Lüt zemma" ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

18. April von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800

Einladung zur Telefon-Sprechstunde

Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle

AK VORARLBERG

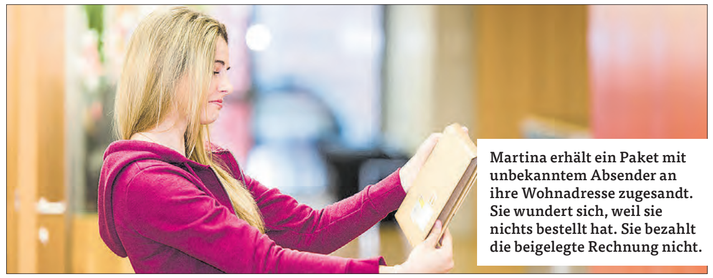
Stark für Sie. www.ak-vorarlberg.at

Arbeiten in der Karenz

Darf man in der Karenz über der Geringfügigkeitsgrenze verdienen? Die AK sagt: Ja, beim selben Arbeitgeber, höchstens 13 Wochen im Kalenderjahr. Ist nicht das gesamte Kalenderjahr betroffen, kann nur ein aliquotes Ausmaß vereinbart werden. Zu beachten ist die Dazuverdienstgrenze zum Kinderbetreuungsgeld, wenn in dieser Zeit Kinderbetreuungsgeld bezogen wird.

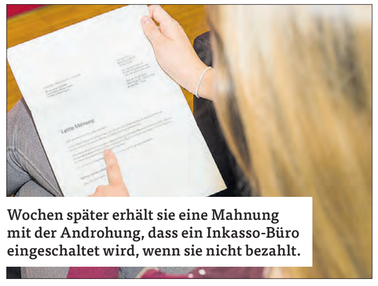
Ihre Meinung ist gefragt

Wie würden Sie entscheiden?



Martina erhält ein Paket mit unbekanntem Absender an ihre Wohnadresse zugesandt. Sie wundert sich, weil sie nichts bestellt hat. Sie bezahlt die beigelegte Rechnung nicht.

Im Paket befinden sich sogenannte „Fatburner": Mittel, die die Fettverbrennung ankurbeln sollen.



Wochen später erhält sie eine Mahnung mit der Androhung, dass ein Inkasso-Büro eingeschaltet wird, wenn sie nicht bezahlt.

Martina bezahlt die Rechnung nicht und wirft die unverlangt zugesandte Ware in den Restmüll.

Fotos: Jürgen Gorbach / AK

RECHTSSTREIT. Die AKtion bittet die Leser um ihre Meinung. Ihr Rechtsempfinden ist gefragt! Aus unserer Beratung im Arbeits-, Sozial- und Konsumentenrecht schildern wir reale, anonymisierte Fälle. Schlüpfen Sie für einen Augenblick in die Rolle des AK-Experten. Wie würden Sie entscheiden? Die Auflösung finden Sie in der nächsten Ausgabe.

FRAGE: Darf unverlangt zugesandte Ware vom Empfänger behalten werden?

● Ja, weil ... ● Nein, weil ...

Schreiben Sie an AK Vorarlberg, Leserforum, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at oder auf /akvorarlberg

Impressum

AKtion Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz ▸ Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, E-Mail: presse@ak-vorarlberg.at ▸ Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe www.ak-vorarlberg.at/impressum.htm ▸ Redaktion: Dietmar Brunner, Jürgen Gorbach, Thomas Matt, Arno Miller ▸ Infografik: Bettina Krepper, Gerhard Riezler ▸ Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion überwiegend die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.

Grafik: KEYSTONE, Foto: Fotolia, Quelle: APA/Bauarbeiter-Urlaubs- & Abfertigungskasse

Dumping durch die Hintertür

Arbeitnehmervertreter in ganz Europa sind sich darin einig: Die Europäische Union kann nur übers Soziale gerettet werden. Ideen wie die neue Dienstleistungskarte weisen in die falsche Richtung – Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sieht anders aus.

HERAUSFORDERUNG „Wer sich in europäischen Schlachthöfen, Baustellen, Hotels umhört, lernt heutzutage viel über Existenzangst, Ausbeutung und Perspektivlosigkeit." Die 62-jährige Catelene Passchier ist Vizevorsitzende des niederländischen Gewerkschaftsbundes (FNV), und Reiner Hoffmann (61) Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Gemeinsam kleideten sie ihren aktuellen Befund Europas im deutschen „Tagesspiegel" in beeindruckende Worte.

Passchier und Hoffmann erzählen von „Menschen, die oft viele Strapazen auf sich genommen haben, weil sie an das europäische Versprechen geglaubt haben: Arbeit, Fairness, Wohlstand. Was sie gefunden haben, sind schlechte Löhne, miese Arbeitsbedingungen, verantwortungslose Chefs. Aber auch bei Menschen, die in anderen Branchen arbeiten und denen es besser geht, sieht es oft nicht anders aus. Sie haben Angst vor dem Abrutschen, vor der Digitalisierung, vor der unkontrollierten Globalisierung, ihnen fehlt eine sichere Perspektive. Sie haben Angst, da zu landen, wo andere bereits sind. Sie alle sind europäische Wähler. Und viele von ihnen wählen in ihren Heimatländern rechte Nationalisten, weil sie den Versprechen der Rechten glauben, die Mauern um ihre Sorgen und Ängste bauen wollen, statt Lösungen zu bieten." Auch wenn in den Niederlanden den europakritischen Stimmen der Durchbruch bei den jüngsten Parlamentswahlen verwehrt blieb, muss die europäische Politik doch das Ruder herumreißen. Das kann sie nur, wenn sie konkrete Entscheidungen fällt, die das Leben der Menschen verbessern.

Das EU-Budget muss viel stärker auf soziale Ziele wie die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ausgerichtet werden.

Hubert Hämmerle
AK-Präsident

Lohnbetrug noch erleichtert

Die Dienstleistungskarte zählt nach Ansicht der AK nicht dazu. Was die EU-Kommission hier plant, wird die Situation von Beschäftigten aus EU-Ländern verschlechtern.

Die Idee klang gut: Die Europäische Kommission hat Anfang 2017 ihren Vorschlag für eine Elektronische Europäische Dienstleistungskarte vorgestellt. Dabei handelt es sich um ein vereinfachtes elektronisches Verfahren, das es Unternehmensdienstleistern (z. B. Ingenieurbüros, IT-Beratern, Messeveranstaltern) und Baudienstleistern erleichtern soll, sich im Verwaltungsdschungel zurechtzufinden.

Die geplante Dienstleistungskarte wird im Herkunftsland des grenzüberschreitend arbeitenden Bauarbeiters ausgestellt, also zum Beispiel in Ungarn oder der Slowakei. Ob dort die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Einsatz tatsächlich vorliegen, lässt sich am Arbeitsort aber nicht kontrollieren.

Die Dienstleistungskarte, so fürchten AK und ÖGB, erleichtert in Wahrheit nur Lohnbetrug und die Umgehung kollektivvertrags-, arbeits- und versicherungsrechtlicher Standards durch unseriöse Entsende-Unternehmen. Sie wird die Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten der Arbeitsinspektionen behindern. Arbeitsrechtliche Standards, wie sie in Österreich über Jahrzehnte mühsam erkämpft wurden, werden auf diese Weise zur Farce.

Teufelskreis Leiharbeit

Was aus Sicht der AK stattdessen wirklich Not täte, fasst AK-Präsident Hubert Hämmerle in zwei Punkten zusammen:

● Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping: Die aktuellen Vorschläge der EU-Kommission – Stichwort Dienstleistungskarte – weisen in die völlig falsche Richtung, „da sie Scheinselbständigkeit fördern und Kontrollmöglichkeiten in den Mitgliedsländern untergraben". Um eine faire Mobilität in Europa zu gewährleisten, muss stattdessen ein umfassendes Arbeitnehmerschutzpaket beschlossen werden mit dem Ziel: gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Alles andere schafft nur sozialen Sprengstoff.

● Soziale Mindeststandards verbessern: Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und müssen ausgebaut werden. Dafür muss das EU-Budget stärker auf soziale Ziele wie Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit ausgerichtet werden. Dazu gehört auch die Verlängerung und finanzielle Aufstockung der Jugendbeschäftigungsinitiative sowie eine europäische Beschäftigungsinitiative für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen.

Beschlüsse der Bundesregierung

Beschäftigungsbonus: Ab 1. Juli 2017 sollen Unternehmen gefördert werden, wenn sie ihren Mitarbeiterstand gegenüber dem Vorjahr erhöhen. Sie bekommen dann die Hälfte der Lohnnebenkosten erstattet – allerdings nur für Arbeitskräfte, die bereits im Land sind oder mittels Rot-Weiß-Rot-Karte aus Drittstaaten nach Österreich kommen. Wer also neue Mitarbeiter aus anderen EU-Staaten anstellt, soll nicht in den Genuss dieser Förderung kommen. Aus Bayern und Ungarn hagelte es für das Vorhaben bereits heftige Kritik.

Familienbeihilfe: Auf Drängen der ÖVP soll die Familienbeihilfe adaptiert werden. Bei EU-Arbeitskräften, deren Kinder im Ausland leben, soll die Höhe an das Preisniveau des Herkunftslandes angepasst werden. Über Details wird zwar noch verhandelt, im Prinzip hat aber die SPÖ ihre Zustimmung signalisiert. Ungarn, das am stärksten betroffen wäre, hat in Person von Premier Viktor Orbán bereits Widerstand gegen die Maßnahme angekündigt.

Arbeitsmarktprüfung: Gemeinsam wollen sich SPÖ und ÖVP in Brüssel für die Wiedereinführung von Arbeitsmarktprüfungen einsetzen. Nur wenn sich für eine offene Stelle kein beim AMS gemeldeter Arbeitsloser findet, sollen EU-Ausländer genommen werden dürfen. Auch bei diesem Punkt ist die Ablehnung der osteuropäischen Staaten vorprogrammiert.

Lohndumping: Bereits seit Jahresbeginn ist das neue Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping in Kraft. Slowenische Unternehmen haben schon eine Klage angekündigt, auch das slowenische Parlament plant Aktionen. Worum geht es? Im Baubereich wurde die Auftraggeberhaftung ausgeweitet. Werden ausländische Bauarbeiter zu gering entlohnt, haftet der österreichische Auftraggeber dafür, auch der private. Die Slowenen sehen ihre Betriebe dadurch diskriminiert und befürchten, dass weniger Aufträge an ausländische Unternehmen gehen könnten.

Foto: Fotolia

Bildungsarmut: So viel Potenzial wird vergeudet!

12,6
Prozent der Vorarlberger Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren haben gar keinen Bildungsabschluss.

648
Euro verdienen in Vorarlberg Menschen ohne Berufsausbildung im Durchschnitt weniger als Absolventen einer Lehrausbildung.

10
Prozent aller Pflichtschulabgänger sind am Arbeitsmarkt dauerhaft gar nicht oder nur prekär integriert. Prekär ist eine Arbeit dann, wenn sie schlecht bezahlt und unsicher ist und ohne rechtlichen Schutz. Eine Existenz kann man so sicher nicht aufbauen.

6000 Vorarlberger Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren haben nur einen Pflichtschulabschluss und ganz schlechte Aussichten: Sie verdienen weniger als Höhergebildete und werden leichter arbeitslos. Sie bringen wenig Kaufkraft und kaum Steuerleistung auf. Für die Gesellschaft bedeuten sie „vergeudetes Potenzial". Eine brandaktuelle Studie im Auftrag der AK wirft die Frage auf: Können wir uns das leisten?

AUSSICHTSLOS. Die Pflichtschule als höchste abgeschlossene Bildungsstufe – das bedeutet wesentlich geringeres Einkommen, weniger Steuerabgaben und Beiträge in die Sozialversicherung und eine kleinere Kaufkraft. Dazu kommt das höhere Risiko, arbeitslos zu werden. Eine Studie des Instituts für Höhere Studien Wien (IHS) im Auftrag der AK Vorarlberg belegt die Dramatik von Bildungsarmut überdeutlich.

Was für eine Verschwendung …

„Wenn 6000 Jugendliche in Vorarlberg in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung abgeschlossen haben, ist das nicht nur ein Armutszeugnis für die Bildungspolitik, sondern auch verschwendetes Potenzial für den Wirtschaftsstandort Vorarlberg", ärgert sich AK-Direktor Rainer Keckeis. Die IHS-Studie „Arbeitsmarkt- und bildungsferne Jugendliche in Vorarlberg" bescheinigt dem Ländle zudem mit einem Anteil von 12,6 Prozent in der besagten Altersgruppe eine traurige Position über dem österreichischen Durchschnitt von Jugendlichen ohne Bildungsabschluss.

Foto: Jürgen Gorbach / AK

Hermann Kuschej: „Frauen sind deutlich überrepräsentiert."

Die Studie unterstreicht, dass rund zehn Prozent aller Pflichtschulabsolventen dauerhaft nicht oder nur prekär in den Arbeitsmarkt integriert sind. Für Studienautor Hermann Kuschej ist besonders besorgniserregend, dass Frauen mit 57 Prozent und auch Personen mit Migrationshintergrund deutlich überrepräsentiert sind.

> *Die Ergebnisse der Studie stellen der Bildungspolitik ein Armutszeugnis aus. Hier wird Potenzial verschwendet.*
>
> **Rainer Keckeis**
> AK-Direktor

Teufelskreis Leiharbeit

Kuschej bestätigt, dass die Kluft zwischen niedrig- und höherqualifizierten Arbeitsplätzen weiter aufgeht. „Frauen sind sehr viel stärker im weniger attraktiven Dienstleistungsbereich und Männer mehr in der attraktiveren Sachgüterproduktion beschäftigt." Kuschej erwartet freilich, dass sich der Anteil an Arbeitsplätzen im Bereich der Sachgüterproduktion durch den anhaltenden Trend zur Leiharbeit weiter verringern wird. „Unsere Untersuchung zeigt, dass die Arbeitskräfteüberlassung durch häufigere AMS-Episoden und ein unterdurchschnittliches Lohnniveau gekennzeichnet ist", so Kuschej. Er betont diesbezüglich auch, dass diese Entwicklung zu einer Reduktion langfristig gesicherter und qualifizierter Arbeitsplätze führt und ein wachsendes Segment den Beschäftigten keine kontinuierlichen Erwerbskarrieren bietet, mit allen Konsequenzen für die soziale (Alters-)Sicherung. „Für Firmen ist das natürlich eine günstige und risikoarme Strategie, Arbeitsspitzen abzufangen und nicht auf Stammpersonal zu setzen", zeigt sich Keckeis von den Erkenntnissen des IHS wenig überrascht.

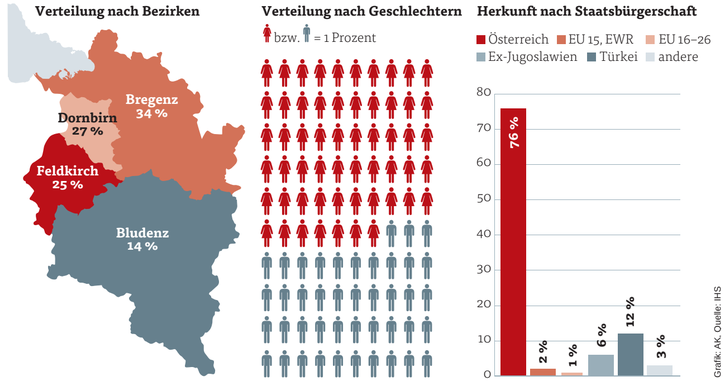
Wie sich Bildung bezahlt macht

Mit einer abgeschlossenen Lehre verdient ein Vorarlberger im Durchschnitt 9000 Euro mehr pro Jahr als eine Person ohne Berufsausbildung.

GROSSE LÜCKE. Das Verhältnis zwischen dem durchschnittlichen Einkommen einer Person ohne Berufsausbildung und jener mit Lehrabschluss entspricht 69 zu 100, die Differenz beträgt 648 Euro pro Monat bzw. 9079 Euro im Jahr. In Vorarlberg führt eine Person mit Lehrabschluss im Zeitraum von 15 Jahren nach Abzug der Berufsschulkosten und von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und unter Berücksichtigung von Phasen der Arbeitslosigkeit um rund 146.500 Euro mehr an Sozialversicherungsabgaben und Steuern ab als eine Person ohne Berufsausbildung. Die leistet in den 15 Jahren durchschnittlich rund 117.100 Euro an Abgaben aus unselbständigem Einkommen und erhält rund 9300 Euro aus der Arbeitslosenversicherung. Demgegenüber stehen die Abgaben eines Lehrabsolventen von rund 255.700 Euro sowie die Berufsschulkosten von rund 12.900 Euro und 1500 Euro aus der Arbeitslosenversicherung.

Bildungsarmut in Vorarlberg

Jeder zehnte Jugendliche des Jahrgangs 1991/92 ist in Vorarlberg nicht in den Arbeitsmarkt integriert.



Grafik: AK, Quelle: IHS

Verhinderung von Altersarmut

Keckeis: Brauchen tiefgreifende Reformen im Bildungsbereich – Ausbildungspflicht löst nur geringen Teil des Problems – Reparaturdienste bringen nichts.

LÖSUNGSANSÄTZE. Das IHS bietet in der Studie auch Lösungsansätze. Ziel arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen muss es sein, den Ausbildungsfluss nach dem Pflichtschulabschluss nicht abreißen zu lassen. Kritisch sieht das IHS die ab Juli 2017 geltende Ausbildungspflicht. Von ihr sollten hauptsächlich jene Jugendlichen profitieren, deren sozial-familiärer Hintergrund einen erfolgreichen Abschluss der Pflichtschule nicht zugelassen hat. Fazit: Die Schule schafft es offensichtlich nicht, ausreichend Chancengerechtigkeit herzustellen. „Mit der Ausbildungspflicht lösen wir – wenn überhaupt – nur einen kleinen Teil des Qualifizierungsproblems." Angesetzt werden müsste bereits im Pflichtschulbereich. Der Übergang Schule/Beruf ist der entscheidende Angelpunkt, den es zu bearbeiten gibt. „Und hier darf niemand ausgenommen werden. Nicht die Pädagogen, nicht die Eltern, nicht die Jugendlichen, und schon gar nicht die Politik", betont AK-Direktor Rainer Keckeis. Denn „wir können nicht ewig Reparaturdienste dafür anbieten, dass offensichtlich das Schulsystem unsere Jugendlichen nicht ausreichend mit den notwendigen Qualifikationen auszustatten vermag". Keckeis fordert endlich die Umsetzung tiefgreifender Maßnahmen im Bildungsbereich und speziell für den Übergang von der Schule zum Beruf.

„Wenn wir wissen, dass vor allem junge Menschen aus bildungsfernen Elternhäusern sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund die größten Probleme auf dem Weg zu einem Bildungsanschluss und Bildungsabschluss haben, müssen wir genau hier die entsprechenden Maßnahmen setzen", unterstützt Studienautor Hermann Kuschej die Forderungen des AK-Direktors.

„Es geht nicht nur um die Leistbarkeit unseres Sozialsystems, das sich Beiträge in Millionenhöhe entgehen lässt, es geht auch um die Verhinderung von Altersarmut. Und die betrifft insbesondere Frauen, die sehr oft ‚niedrigqualifizierte' Tätigkeiten ausüben. Das ist nicht nur eine moralische Verantwortung, die wir zu übernehmen haben, hier geht es in erster Linie um Gerechtigkeit, die jeder Mensch erfahren muss", so Keckeis.

Vorschläge und Forderungen der AK

Das würde helfen, Bildungsabbrüche zu vermeiden

- Förderung der Sprachkompetenz bei Migrationshintergrund, Ausweitung der vorschulischen Sprachförderung
- Verpflichtendes zweites Kindergartenjahr für Kinder, die es benötigen
- Höhere Chancengerechtigkeit bei nachteiligen Bildungshintergründen der Eltern durch Ausbau verschränkter Ganztagesschulen
- Erkennen und Bestimmen von Risikobezirken anhand regionaler Arbeitsmarkt- und Sozialindizes (Chancen-Index)
- Bedarfsorientierte Mittelzuweisung für die Vermittlung von Basiskompetenzen und Berufsorientierung. Beobachtung von Schulstandorten mit hohem Anteil an Schulabbrechern

Ausgleichende Maßnahmen nach der Schule

- Ausbildungspflicht bis 18: Begleitete Integration in Lehrausbildungen
- Zusammenarbeit von Lehrlingen und ihren Eltern, AMS, Sozialarbeit und Betrieben. Entwicklung von Frühwarnsystemen unter Einbeziehung der Eltern
- Die Problemgruppe sensibel machen für die Folgen der fehlenden Ausbildung, bis hin zum finanziellen Erwerbsverlauf
- Den Wert von Weiterbildung, von Sprachkompetenz und des Nachholens von Pflichtschulabschlüssen noch stärker betonen
- Besonderes Augenmerk auf weibliche Jugendliche mit Migrationshintergrund legen!

Arbeitsmarktfördernde Maßnahmen

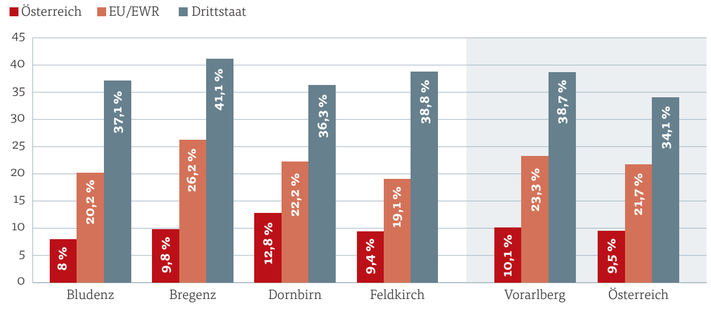
- Anreize für Betriebe (Beschäftigungsförderung), Jugendliche ohne Lehrabschlüsse höher zu qualifizieren: Höheres Qualifikationsniveau steigert Produktivität, damit steigen Löhne, Wohlstandsniveau und Attraktivität der Region (Betriebsansiedlungen, verbesserte Dienstleistungsangebote durch höhere Kaufkraft, Abschmelzen geringqualifizierter und schlecht bezahlter Arbeitskräfte)
- Eindämmung des Trends, Fixanstellungen durch Leiharbeit zu ersetzen (starker Trend im Produktionssektor!), Gefahr der Dequalifizierung und Senkung des allgemeinen Lohnniveaus: Keine Vermittlung von Personen ohne Berufsabschluss (berufsbegleitende Förderungen)
- Förderung kollektivvertraglich bedingter Lohndifferenzen, die aus der Höherqualifizierung von Unqualifizierten resultieren
- Entlegenere Talschaften in den Strategien berücksichtigen: Durch Qualifizierungsverbünde und Sicherstellung eines bedarfsorientierten Kinderbetreuungsangebotes
- Die individuelle Rentabilität von Höherqualifizierung sichtbarer machen: Höheres Qualifikationsniveau steigert individuelle Bildungsrendite und damit Mobilitätsbereitschaft

Vorarlberger Bildungsverlierer

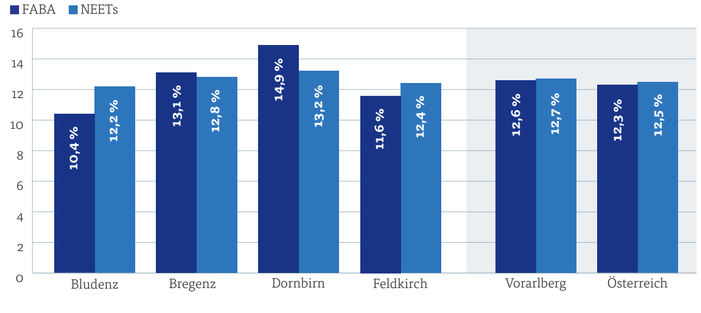
Die absoluten Bildungsverlierer finden sich in Vorarlberg in den beiden Gruppen, für die Experten die Abkürzungen NEET und FABA erfunden haben. FABA umfasst die frühen Schulabbrecher, NEET jene Jugendlichen, die quasi zwischen allen Stühlen sitzen. 2012 zählten über zwölf Prozent der Vorarlberger zwischen 15 und 24 Jahren zu einer der beiden Problemgruppen.

NEET (engl.) bedeutet „Not in Education, Employment or Training", nicht in Ausbildung, Arbeit oder Schulung
FABA: Frühe AusBildungsAbbrecherInnen

Anteil FABA (15–24 J.) nach Geburtsland 2012



Anteil früher AbbrecherInnen (15–24 J., FABA) & NEETs auf Bezirksebene 2012



Grafik: AK, Quelle: IHS

Weiberkram
von Univ.-Prof. Irene Dyk-Ploss

Oft zu beengt

Zu wenige und zu kleine Wohnungen und explodierende Mietkosten machen Sozialexperten zunehmend Sorgen. Zufluchtsstellen, die sich mit Gewalt in der Familie auseinandersetzen, wissen, dass es Zeiten gibt, in denen sich die Fälle häufen: Weihnachten, Jahreswechsel und trübe Herbstwochen – immer dann, wenn hohe Erwartungen bestehen bzw. ungewohnt dichtes Zusammenleben angesagt ist. In den letzten Jahren passiert aber auch unabhängig davon immer mehr, heuer ist in knapp drei Monaten eine breite Palette an Gewalttaten zutage getreten. Opfer waren neben Frauen auch pflegebedürftige Eltern, Säuglinge, Kleinkinder, Schulkinder … und in seltenen Fällen haben Frauen sich gewehrt bzw. Kinder mit in den Tod genommen. Für all das gibt es viele Ursachen, aber ganz wesentlich sind beengte Wohnverhältnisse: Wer im Konfliktfall keine Tür hinter sich zumachen kann, rastet leichter aus.

▶ **E-Mail:** irene.dyk@jku.at

Diese neue Broschüre kann unter www.ak-vorarlberg.at gratis bestellt werden.

Zwölf Stunden bedeuten klare Überforderung

Die Medizinische Universität Wien hat die Auswirkungen von Zwölf-Stunden-Arbeitstagen in der Altenpflege untersucht – Leistungsknick spätestens nach zehn Stunden „praktisch bei jedem Menschen“

EINFACH ZU VIEL. Flexiblere Arbeitszeiten, Drei- oder Vier-Tage-Woche, Zwölf-Stunden-Arbeitstag – die Diskussionen rund um die Aufteilung der Arbeitszeit sind aktueller denn je. Die AK Vorarlberg setzt sich lange schon damit auseinander. Betriebsräte haben große Bedenken, denn die Forderungen der Wirtschaft nach Flexibilität klingen oft nach Einbahnstraße. Was bewirken lange Arbeitszeiten etwa in Bezug auf die Gesundheit der Arbeitnehmer wirklich?

Gerhard Blasche und Daniela Haluza haben am Zentrum für Public Health der Universität Wien den Ermüdungszustand von Menschen nach einem Zwölf-Stunden-Arbeitstag untersucht. Ihre Studie hat ergeben, dass diese langen Dienste zu einer erheblichen Tagesermüdung führen. Diese Erschöpfung kann nur schwer auf normalem Weg durch die Tagesfreizeit abgebaut werden. Andererseits steigen Gesundheitsrisiken, Unfallgefahren sowie Fehlerhäufigkeit deutlich an.

Untersucht wurde die Belastung von Altenpflegerinnen in Senioren-Wohnheimen von Niederösterreich und Oberösterreich an Zwölf-Stunden-Arbeitstagen. Das Ergebnis: „Der Ermüdungszuwachs während eines Zwölf-Stunden-Tagdienstes ist dreieinhalb Mal höher als an einem arbeitsfreien Tag. Außerdem nimmt die Ermüdung bei zwei aufeinanderfolgenden Zwölf-Stunden-Diensten weiter signifikant zu.“ Zusatz: „Die Erholung am Tagesrand reicht in diesem Fall nicht aus, um diese Ermüdung sofort auszugleichen.“

Nach zwei aufeinanderfolgenden Tagen mit je zwölf Stunden Arbeitszeit müssten Betroffene drei Tage freinehmen, um sich vollständig zu erholen, wie die Studie zeigt. Generell gebe es praktisch bei jedem Menschen spätestens nach der zehnten Tagesarbeitsstunde einen deutlichen Leitungsknick – inklusive erhöhter Unfallgefahr im Beruf oder im Straßenverkehr.

Deshalb sollte die Tagesarbeitszeit in der Regel acht Stunden nicht überschreiten, so eine Schlussfolgerung aus der Studie. Blasche: „Das zeigt, dass unsere derzeitige Regelung eines Acht-Stunden-Tages eine gesunde Basis ist.“ Wer jahrelang 50 oder mehr Stunden pro Woche arbeitet, hat ein erhöhtes Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen bzw. für die Zunahme psychischer Erkrankungen, das gilt insbesondere für Frauen. „Das kommt wahrscheinlich wegen der höheren zusätzlichen Belastung durch Kinderbetreuung.“

Mensch neigt zur Überforderung

Längere Arbeitstage bzw. geblockte Arbeit seien nicht sinnvoll. Zur Leistungserbringung ist dann aufgrund der fortgeschrittenen Ermüdung eine überproportional große Anstrengung erforderlich, mit der dazugehörigen Stressreaktion. Überdies verhindert die angestaute Ermüdung, die Freizeit auch richtig genießen zu können.

Generell neige der Mensch in der leistungsorientierten Gesellschaft eher dazu, sich zu verausgaben, daher müssten die Unternehmen stark darauf achten, dass die Arbeitnehmer Pausen einlegen, und dazu anregen, diese auch wirklich zu nutzen.

Weltweit größtes Negativbeispiel ist Japan: Seit Jahren schon debattiert das Land über die Arbeitsstundenlast. Im Dezember 2015 hatte sich eine Mitarbeiterin des großen Werbeunternehmens Dentsu umgebracht, weil der Arbeitsdruck zu groß wurde. Die Frau hatte in den Wochen vor ihrem Freitod mehr als 105 Überstunden pro Monat gearbeitet. Im Dezember 2016 kündigte die Regierung nun an, dass sie die Arbeitsverhältnisse künftig stärker kontrollieren will. Unternehmen, deren Mitarbeiter mehr als 80 Überstunden im Monat machen, sollen öffentlich benannt und bloßgestellt werden.

Foto: Fotolia

Bei Arbeitszeiten von zehn Stunden und mehr schwindet die Konzentration. Das kann üble Folgen haben.

Anspruch auf Elternteilzeit noch zu wenig bekannt

Kann eine Mutter nach Ende der Karenz zum Vollzeiterwerb „verdonnert werden“? – Unter bestimmten Voraussetzungen keineswegs

ALTERNATIVE. Leider kommt es immer wieder vor, dass Eltern nicht über ihren Anspruch auf Elternteilzeit Bescheid wissen. So erging es auch einer Mutter aus dem Unterland. Sie ist seit Februar 2010 als Verkäuferin bei einem Handelsunternehmen mit 30 Mitarbeitern beschäftigt und hat am 18. August 2015 ihre Tochter zur Welt gebracht. Ihrem Arbeitgeber gegenüber hatte sie die Dauer ihrer Karenz bis zum 17. August 2017 mitgeteilt.

Im Februar 2017 bat die junge Mutter die AK um Hilfe und teilte der AK-Referentin verzweifelt mit, dass sie wegen der Betreuung ihrer bald zweijährigen Tochter unmöglich nach Karenzende einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen kann. Im Zuge des Beratungsgesprächs stellte sich heraus, dass sie bereits mit ihrem Arbeitgeber über ihre Rückkehr nach der Karenz ein Gespräch geführt hatte. Ihr Chef hatte ihr unmissverständlich mitgeteilt, dass sie nur als Vollzeitbeschäftigte an ihren Arbeitsplatz zurückkommen könne.

Noch nie davon gehört

Die Beraterin der AK half ihr gerne weiter. Sie erklärte ihr, dass sie einen Anspruch auf eine große Elternteilzeit habe, da sie bereits seit drei Jahren betriebszugehörig war (die Karenzzeit wird angerechnet) und der Betrieb mehr als 20 Mitarbeiter beschäftigt. Die Klientin war bass erstaunt. Sie hatte noch nie von diesem Anspruch gehört.

Tatsache ist: Die Elternteilzeit muss mittels eines schriftlichen Antrages gegenüber dem Arbeitgeber geltend gemacht werden, der spätestens drei Monate vor dem beabsichtigten Antrittsdatum erfolgen muss. Der Zeitpunkt des Posteingangs bzw. der persönlichen Übergabe ist entscheidend. Dieser Antrag muss den beabsichtigten Beginn der Elternteilzeitbeschäftigung, die Dauer (maximal bis zum Ablauf des siebten Lebensjahres bzw. bis zur späteren Einschulung des Kindes) und die Arbeitszeitlage beinhalten.

Wenn der Antrag rechtzeitig beim Arbeitgeber einlangt und dieser nicht das Gericht befasst, kann die Teilzeitbeschäftigung wie beantragt aufgenommen werden. Während der Elternteilzeit kann die Arbeitnehmerin bis vier Wochen nach dem vierten Geburtstag des Kindes nur mit Zustimmung des Gerichts entlassen oder gekündigt werden. Nach Ablauf dieser Zeit kann eine Kündigung angefochten werden, wenn das Arbeitsverhältnis nur aufgrund der Inanspruchnahme der Elternteilzeit gekündigt wurde. Auch eine einmalige Änderung oder Beendigung kann die Arbeitnehmerin während der Dauer der Elternteilzeit beantragen. Wie bereits beim Erstantrag muss der Änderungs- oder Beendigungsantrag spätestens drei Monate vor dem gewünschten Zeitpunkt beim Arbeitgeber einlangen.

Die Klientin war sehr erleichtert über diese Information, da sie noch rechtzeitig bis zum 17. Mai 2017 ihrem Arbeitgeber einen Antrag auf Elternteilzeit mit ihren gewünschten Arbeitszeiten von 20 Wochenstunden an den Tagen Montag bis Freitag in der Zeit von 8 bis 12 bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres ihrer Tochter mit Beginn am 18. August 2017 stellen kann. So kann sie Beruf und Familie weiterhin gut vereinbaren.

Aber Achtung: Für Mütter und Väter, deren Kinder ab 1.1.2016 geboren sind, gilt eine Ober- und Untergrenze bei der Arbeitszeitverkürzung. Demnach muss die wöchentliche Normalarbeitszeit um zumindest 20 Prozent verkürzt und eine wöchentliche Mindestarbeitszeit von zwölf Stunden eingehalten werden.

Foto: Fotolia

Mütter kennen oft ihre Ansprüche nicht. Die AK hilft gerne.

▶ **Beratung** auch zu KarenzAktiv?
Bitte wenden Sie sich an das Büro für Familien- und Frauenfragen
Tel.: (0)50 258 2600
Fax: (0)50 258 2601
E-Mail: familie.frau@ak-vorarlberg.at

Wie das Image der Lehre aufpolieren?

Die duale Ausbildung der Lehre ist eigentlich ein Vorzeigeprojekt. Nur weiß das längst nicht jeder.

IMAGE. Früh werden bei Kindern die beruflichen Weichen gestellt. Nicht weil manche „Trainerväter“ ihr Kind schon mit vier Jahren im Konservatorium anmelden wollen. Das gibt's auch. Weit häufiger aber führt der elterliche Wunsch Regie, dass der Nachwuchs einer möglichst aussichtsreichen beruflichen Karriere entgegengeht.

Aber wie sieht die aus? Akademiker werden um jeden Preis? Wenn irgend möglich ins Gymnasium? Auch mit Hängen und Würgen? Selbst wenn das Kind selber schon früh handwerkliches Talent beweist?

Leider wird in viel zu vielen Haushalten eine Lehre nicht einmal erwogen, weil alte, längst nicht mehr passende Bilder vorherrschen. Weil niemand sehen mag, dass Handwerk heute mehr denn je tatsächlich goldenen Boden hat. Wie lässt sich da gegensteuern? Wir baten die Fraktionen der AK um ihre Ideen für eine Imagekorrektur der Lehre.

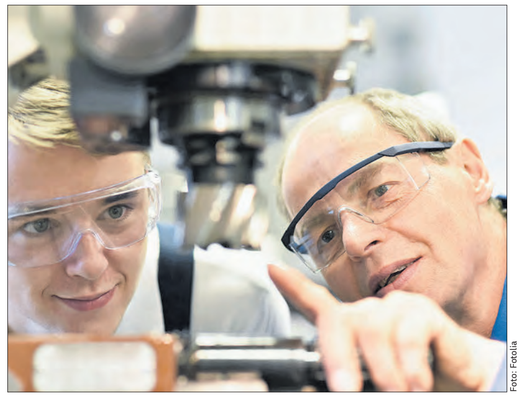


Foto: Fotolia

In der Schule und im Beruf gleichermaßen dazulernen? Das müsste doch eigentlich weit mehr Eltern begeistern, als es das gegenwärtig tut.

Liste AK-Präsident Hubert Hämmerle – ÖAAB/FCG

Fraktionsobmann Bernhard Heinzle

Die duale Ausbildung hat auch in Zukunft noch „goldenen Boden“

ERFOLGREICH. Um die duale Ausbildung österreichischer Prägung beneiden uns viele Länder. Trotzdem geht bei uns der Trend Richtung schulischer und akademischer Ausbildung. Der resignative Ratschlag für Schulabbrecher „Denn machscht halt a Lehr“ ist völlig deplatziert. Denn gute Handwerker und Facharbeiter werden in den nächsten Jahrzehnten nicht nur gut verdienen, sondern auch sehr gefragt sein. Fakten gefällig? In Skandinavien verdient ein Gas-Wasser-Heizungs-Installateur bereits heute so viel wie ein Akademiker. In Deutschland verdienen nur noch die Abgänger einiger technischer Studienrichtungen mehr als Handwerksmeister. Und in Wien ist im vergangenen Jahr die Akademikerarbeitslosigkeit um 15 Prozent gestiegen.

Die Lehre hat auch weiterhin „goldenen Boden“. Deshalb wäre es höchst an der Zeit, dieser Ausbildungsform, die dank Berufsreifeprüfung und Co. längst keine Bildungssackgasse mehr ist, die ihr zustehende Wertschätzung entgegenzubringen. Dazu gehört vor allem eine objektive Berufsorientierung – auch in den Gymnasien. Denn dass ein Wechsel vom Gymnasium in eine Lehrausbildung einen sozialen Abstieg bedeutet, ist zwar ein Mythos, der sich hartnäckig hält – der Wirklichkeit entspricht er schon lange nicht mehr.

▶ **E-Mail:**
bernhard.heinzle@gpa-djp.at

Liste Manuela Auer – FSG

Fraktionsobfrau Manuela Auer

Mehr schulische Berufsausbildung erhöht die Attraktivität einer Lehre

MEHR ZEIT. Mit dem Gesetzesentwurf zur Aufstockung der Unterrichtszeit in Berufsschulen wird eine wichtige Forderung der Arbeitnehmervertretungen erfüllt. Denn zu einem Lehrberuf mit Zukunft gehört auch eine entsprechend umfassende schulische Berufsausbildung. Gradmesser dafür ist u. a. die Anzahl an Schulstunden. Die Anforderungen an Lehrlinge sind stark gestiegen. Wer mehr Inhalt und Digitalisierung in der Lehre fordert, muss auch mehr Zeit dafür geben, dies zu lernen. Noch immer gibt es allerdings Lehrberufe, deren Unterrichtszeit in Deutsch und Englisch für die gesamte Ausbildungsdauer gerade einmal ein Viertel der vergleichbaren Unterrichtszeit einer dreijährigen berufsbildenden mittleren Schule ausmacht. Innungen und Fachverbände versuchen bedauerlicherweise Einheiten zu kürzen, damit die Lehrlinge möglichst wenig Zeit in der Berufsschule verbringen und mehr im Betrieb stehen. Das verbesserungswürdige Image der Lehre hängt auch damit zusammen, dass die Durchlässigkeit der dualen Ausbildung in Richtung höherer schulischer Abschlüsse viel zu gering ist. Ein höheres Image der Lehre bzw. die Aufwertung eines Lehrberufes kann nur erreicht werden, wenn das schulische Angebot in den Berufsschulen ausgeweitet und modernisiert wird.

▶ **E-Mail:**
manuelaauer@manuelaauer.at

Liste Freiheitliche + Parteifreie Arbeitnehmer – FA

Fraktionsobmann Wolfgang Kofler

Imageverbesserung der Lehre ist unabdingbar

AUFWERTEN. Damit sich junge Menschen für eine Lehre entscheiden, wird es von großer Bedeutung sein, die aussichtsreichen Karrierechancen besser zu kommunizieren. Die Lehrlinge von heute sind die Fachkräfte von morgen, deshalb ist es notwendig, diese Ausbildungsform in der öffentlichen Wahrnehmung wieder deutlich aufzuwerten. Als Sofortmaßnahme sollte man umgehend eine Aufklärungskampagne zur Aufwertung der Lehrausbildung starten. Trotz internationaler Anerkennung hat die Lehrlingsausbildung in Österreich seit Langem mit Imageproblemen zu kämpfen. Oftmals wird sie als letztes Auffangbecken für jene gehandelt, die nicht eine weiterführende Schule besuchen wollen oder können. Es muss die Botschaft im Vordergrund stehen, dass jedem jungen Menschen mit einem Lehrberuf alle Karrieremöglichkeiten offenstehen. Das schlechte Bild der Lehre hat oftmals auch mit einem Informationsdefizit bei Eltern und Schülern zu tun. Die Berufsorientierung für Jugendliche an Schulen muss in quantitativer und qualitativer Hinsicht angehoben werden. Es braucht unter Einbeziehung des Landesschulrates ein Maßnahmenpaket, um die Berufsorientierung an den Vorarlberger Schulen zu verbessern. Damit könnte man auch einen objektiveren Zugang zum Thema Lehrausbildung sicherstellen.

▶ **E-Mail:**
wolfgang.kofler@cable.vol.at

Liste Gemeinsam – Grüne und Unabhängige

Fraktionsobmann Sadettin Demir

Nicht Marketing, sondern nur Qualität bringt ein gutes Image!

IMAGE DURCH QUALITÄT. Positiv ist, dass das Bildungssystem in den letzten Jahren wesentlich durchlässiger geworden ist, z. B. ermöglicht die Lehre mit Matura auch Lehrlingen einen Zugang zu einem Studium. Gerade in Vorarlberg setzen die Sozialpartner Initiativen zur Qualitätssicherung, z. B. durch das Programm „ausgezeichneter Lehrbetrieb“.

Diese beruhen aber auf Freiwilligkeit und erreichen nicht alle Lehrbetriebe, was hohe Drop-out-Raten belegen. Leider kommen auch Teile des öffentlichen Dienstes ihrer Vorbildfunktion nicht nach, indem sie gar nicht ausbilden oder nur mit mangelnder Qualität.

GEMEINSAM unterstützt Forderungen nach einem verpflichtenden Qualitätsmanagement durch die Zertifizierung von Lehrbetrieben über Qualitätsnormen, elektronische Dokumentationen und regelmäßige Kontrollen, nach einer Teilprüfung zur Mitte der Lehrzeit, nach qualitätsgebundenen Fördermodellen statt „Gießkannenprinzip“ sowie nach mehr Weiterbildung für Ausbildner/innen und einem Prämiensystem für Ausbildner/innen und Lehrlinge. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Lehrlinge zur Vertretung ihrer eigenen Interessen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene zu fördern und auszubauen (Jugendvertrauensrat, Gewerkschaftsjugend …).

▶ **E-Mail:**
sadettin.demir@gemeinsam-ug.at

AK-BIBLIOTHEKEN Weil Lesen das Leben bereichert

● **Bludenz**
Bahnhofplatz 2a; Di 10–12 und 13–19 Uhr, Mi bis Fr 10–12 und 13–18 Uhr, Tel. 050/258-4550, E-Mail: bibliothek.bludenz@ak-vorarlberg.at

● **Feldkirch**
Widnau 2–4; Di 10–19 Uhr, Mi bis Fr 10–18 Uhr, Tel. 050/258-4510, E-Mail: bibliothek.feldkirch@ak-vorarlberg.at

● **Digital**
In der digitalen AK-Bibliothek findet sich ein breites Angebot an E-Books, E-Hörbüchern und Spezialbibliotheken. Ein Benutzer kann parallel zehn E-Medien ausleihen. Wo? www.ak-vorarlberg.at/ebooks

Termin für Leser

● **Vorlesen für Kinder …**
… von vier bis acht Jahren. Am 27. März 2017 in der AK-Bibliothek Bludenz.

● **Bücherflohmarkt …**
… in den AK-Bibliotheken Feldkirch und Bludenz am 8. April 2017, von 8 bis 15 Uhr.

Was nächsten Monat zählt

MOBILITÄT Wer mit seinem Kfz elektrisch unterwegs ist, bekommt in Zukunft eine grüne Nummerntafel • **OSTERN** Die Feiertage bringen den Schülern Ferien vom 8. bis zum 17. April • **VERKEHR** Zur Sanierung wird der Arlbergstraßentunnel ab 24. vollständig gesperrt. Voraussichtliches Ende der Sperre ist am 2. Oktober

AK MEDIEN-TIPP

Der Lärm der Zeit

Im Mai 1937 wartet ein Mann jede Nacht neben dem Fahrstuhl seiner Leningrader Wohnung darauf, dass Stalins Schergen kommen und ihn abholen. Es ist der Komponist Schostakowitsch, und er wartet am Lift, um seiner Familie den Anblick der Verhaftung zu ersparen. Julian Barnes stellt das von Repressionen geprägte Leben von Schostakowitsch in meisterhafter Knappheit dar – ein großartiger Künstlerroman, der die Frage der Integrität stellt und traurige Aktualität genießt.

Ruth Knünz
AK-Bibliothek Feldkirch
▶ **E-Mail:** ruth.knuenz@ak-vorarlberg.at

Julian Barnes: **Der Lärm der Zeit**; 256 S., K.& W.-Verlag, ISBN 978-3-462-04888-9, 20,60 Euro

Literatur ins rechte Bild gerückt

GRAFISCH. Das große Thema der AK-Bibliotheken in Feldkirch und Bludenz heißt im April „Graphic Novels". Mehr als 300 Titel sind in diesem Bereich in den AK-Bibliotheken verfügbar. Hier ein paar Beispiele, die Lust aufs Lesen und Anschauen der grafisch aufbereiteten Werke machen sollen:

● Jäger und Sammler (Cyril Pedrosa, Reprodukt-Verlag)
● Der alte Mann und das Meer (Thierry Murat, Knesebeck Verlag)
● Terra Australis (Laurent Frédéric Bollée, Splitter Verlag)
● Der Tod von Speedy (Jaime Hernandez, Reprodukt Verlag)

Die Geschichten sind großartig gezeichnet.

Foto: Jürgen Gorbach / AK

Gewinnen Sie zwei Karten für die Oper „Carmen"

Senden Sie die Antworten auf die drei Fragen zu dieser Ausgabe der AKtion bitte bis 21. April 2017 an gewinnen@ak-vorarlberg.at oder auf einer Postkarte an AK Vorarlberg, AKtion, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, und Sie nehmen an der Verlosung für zwei Karten für das Spiel auf dem See am 15. August 2017 teil. Wir wünschen Ihnen viel Glück! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. 3 x 2 Skikarten gewonnen haben in der letzten Ausgabe Margot Reinisch (Dornbirn), Karlheinz Prehofer (Fußach) und Beate Burtscher (Thüringerberg). Wir gratulieren!

● **Frage 1: Wie viele Vorarlberger in der Altersgruppe der 15- und 24-Jährigen haben nur die Pflichtschule besucht?**

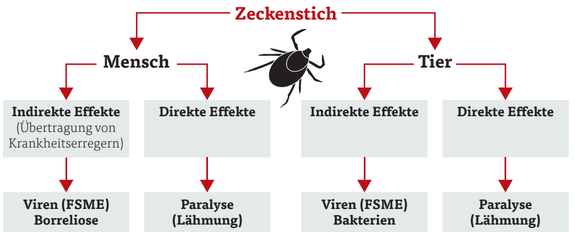
● **Frage 2: Kann die Elternteilzeit mündlich geltend gemacht werden?**

● **Frage 3: 6000 Jugendliche in Vorarlberg haben nur einen Pflichtschulabschluss? Wie kann man Ihrer Ansicht nach die Bildungsarmut erfolgreich bekämpfen?**

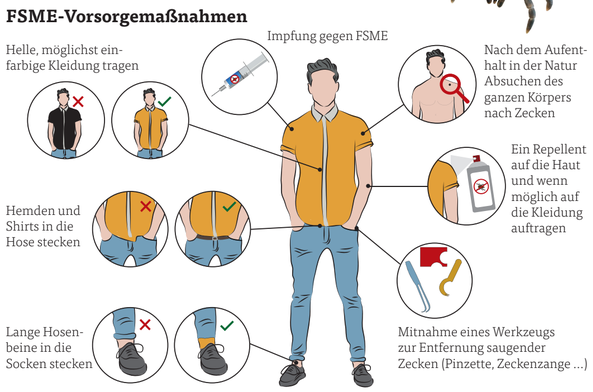
Jetzt ist die beste Zeit für die Zeckenschutzimpfung

Im Vorjahr wurden österreichweit 93 FSME-Erkrankungen diagnostiziert, es kam zu einem Todesfall. Der einzige Schutz vor einer Infektion mit der gefährlichen Frühsommer-Meningo-Enzephalitis, kurz FSME, ist die Impfung. Jetzt ist der Zeitpunkt günstig, um sich impfen zu lassen, denn die erste Impfung sollte noch vor der warmen Jahreszeit erfolgen. FSME kann nicht behandelt werden. Deshalb: Lassen Sie sich impfen.

Warum können Zecken so gefährlich sein?



FSME-Vorsorgemaßnahmen



FSME: Zeitlicher Ablauf

Die Übertragung beginnt innerhalb weniger Minuten nach dem Zeckenstich

~Tag 10
1. Phase der FSME
Grippeartige Symptome mit Fieber, Kopf- und Gliederschmerzen (ca. 70 % der Fälle).

~Tag 20
Übergangsphase
Scheinbare Besserung: Symptomfreie Zeit für wenige Tage.

~Tag 30
2. Phase der FSME
Das Virus kann bei einem schweren Verlauf der FSME in das zentrale Nervensystem gelangen und hier zu Hirnhaut-, Gehirn- und Rückenmarksentzündungen führen (10–30 % der Fälle).

Wochen später
Mögliche Spätfolgen der 2. Phase
Fieber, Schwindel und Gleichgewichtsprobleme, Lähmungen der Extremitäten, Atemprobleme, Schluck- und Sprachstörungen.

Dr. Stefan Konzett, Arbeitsmediziner

Die Zeckenschutzimpfung wird anfangs in drei Teilen verabreicht und dann regelmäßig aufgefrischt. Nur das schafft Sicherheit. Aber keine Angst: Wer einen der Auffrischungstermine im Rhythmus von fünf Jahren versäumt, braucht nicht von vorne anzufangen.

Kuriose Fakten über Zecken

Zur Paarung klettert das kleinere Männchen unter den Bauch des Weibchens, während dieses auf einem Wirt sitzt und Blut saugt. **Das Männchen stirbt dann nach der Paarung.**

Im Labor konnten Zecken, die vorher Blut gesaugt hatten, **bis zu zehn Jahre lang ohne weitere Nahrung überleben**, in freier Natur drei bis fünf Jahre.

Zecken sind nach einer Mahlzeit bis zu **200-mal schwerer** als zuvor.

Zecken verbreiten sich sogar über Kontinente hinweg. Sie reisen als blinde Passagiere bei Holztransporten oder im Gefieder von Vögeln.

Nase am Bein: Zecken haben ein besonderes Organ am Vorderbein, mit dem sie bestimmte Stoffe „riechen" können.

Damit der Wirt den Stich nicht gleich bemerkt, gibt die Zecke mit dem Speichel ein **Betäubungsmittel** ab, wenn sie zusticht.

Ein Zeckenweibchen kann auf einmal zwischen **2000 und 20.000 Eier** legen.

Selbst den Schleudergang in der **Waschmaschine überleben Zecken.** Kritisch wird es für sie erst, wenn besonders heiß gewaschen wird oder sie im Trockner landen.

Grafik: KEYSTONE, Foto: Jürgen Gorbach / AK, Quelle: Zecken.de

TELEKOMMUNIKATION Was sich mit 15. Juni ändert und wo Konsumenten aufpassen müssen

Roaming-Gebühren ade: Alles doch nur Bluff?

Die Gefahr höherer Tarife besteht, weil jede Roaming-Minute ein kleines Verlustgeschäft für die Netzbetreiber ist.
Mag. Johannes Gungl
Telekom-Regulator

TELEFONIE & CO. Mitte Juni tritt die neue EU-Roamingverordnung in Kraft, die Konsumentenschützer europaweit hart erkämpft haben. Die Kurzform: Die Roaming-Gebühren fallen weg. Das Missverständnis bei vielen Konsumenten: Innerhalb der EU kann ab diesem Zeitpunkt grenzenlos telefoniert, gesurft und gesimst werden. Das suggerieren auch erste Werbekampagnen der Netzbetreiber.

Und das ist falsch.

Trotz EU-Roaming-Verordnung wird keineswegs alles kostenlos.

Warum? Roaming wird doch abgeschafft …

Roaming beschreibt den technischen Prozess, automatisiert ein fremdes Betreibernetz zu nutzen. Dafür zahlen die Telekomgesellschaften auch in Zukunft einander Geld. Per Verordnung abgeschafft werden „nur" die Gebühren, die dafür noch bis 15. Juni von den Konsumenten verlangt werden. Die EU nennt das „Roam like at home" (ungefähr: tu's wie zu Hause). Das ist jedoch kein Freibrief, wie mehrere der folgenden Punkte für Handy- oder Tablet-Nutzer deutlich machen.

Ich befinde mich im EU-Ausland, dann …

„Wenn ich durchschnittlicher Roaming-Konsument bin, d. h. ich fahre zwei bis drei Wochen in der EU auf Urlaub, dann telefoniere ich, dann SMSe ich, dann nutze ich Daten wie zu Hause ohne Überraschungen", sagt Mag. Johannes Gungl, Geschäftsführer der zuständigen Regulierungsbehörde RTR im AKtion-Gespräch: „Bei wirklichen Heavy-Usern wie Pendlern oder Geschäftsleuten, die wirklich viel unterwegs sind, da ist noch Vorsicht geboten." Auch vor der intensiven Nutzung von Streaming (Filme, Musik etc.) warnt Gungl vorerst. Denn Tarif ist nicht gleich Tarif.

Gilt „unlimitiert" auch im EU-Ausland?

Nein. Hier wird eine Grenze eingezogen, die sich nach einer Formel berechnet. Ein Beispiel: Die Grundgebühr beträgt 20 €, diese wird durch den Preis dividiert, den die Netzbetreiber einander für 1 GB verrechnen dürfen (bis 2018 7,7 €, sinkt bis 2022 auf 2,5 €), ergibt 2,59, und das wird mal 2 genommen. Als Resultat kommt 5,19 heraus. Dieser „unlimitierte" Tarif würde 5,19 GB kostenlose Datennutzung im Ausland ermöglichen. „Es ist alles nicht sehr transparent für den Kunden", befindet auch Regulator Gungl.

Wenn ich von Österreich ins EU-Ausland telefoniere, dann …

Hier gibt's vermutlich das größte Missverständnis zum Roaming: Auslandsgespräche haben damit nichts zu tun und sind von der EU-Verordnung nicht betroffen, betont Gungl. Vom Heimatland ins Ausland zu telefonieren bleibt teuer. Das gilt auch übers Eck: „Wenn ich in Deutschland bin und nach London telefoniere, ist das zwar Roaming, aber ich zahle dafür denselben Preis, wie wenn ich zuhause wäre."

Wenn also Roaming die nationalen Netzbetreiber Geld kostet, das sie den Kunden nicht mehr weiterverrechnen können:

Werden die Preise für Handytarife steigen?

Die Antworten der von der AKtion angefragten Tarifanbieter fallen unterschiedlich aus. Nur „HoT" legt sich fest: „Bestehende Tarife werden nicht verteuert." Doch auch die Hofer-Marke will die endgültige EU-Roaming-Verordnung abwarten und Auswirkungen auf zukünftige Tarife prüfen.

Natürlich stellen sich umgekehrt Fragen zu bestehenden Tarifen mit inkludierten Roaming-Einheiten.

Muss mein Tarif mit inkludiertem Roaming ab 15. Juni billiger werden?

Bestehende Tarife müssen umgestellt „und Kunden darüber informiert werden, was ‚Roam like at home' für sie bedeutet", sagt Gungl. Der Kunde muss nicht aktiv werden, am Zug ist der Betreiber. Will ein Kunde im alten Vertrag bleiben – weil dieser vielleicht Freiminuten in ein Nicht-EU-Land inkludiert und ihm das wichtiger ist –, dann muss der Betreiber den Kunden informieren, welche Vorteile ihm entgehen. Ist eine Tarifänderung für einen Kunden nicht ausschließlich begünstigend, so steht ihm ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Die relevanten Netzbetreiber drücken sich noch um konkrete Antworten. Eindeutig war lediglich „bob", wo überhaupt keine Tarife Roaming inkludieren.

Ist ein Tarif ohne Roaming denn überhaupt erlaubt?

Ja. Es gibt keine Verpflichtung, Roaming anbieten zu müssen. Das Handy bleibt in diesem Fall im Ausland gesperrt – außer man kauft ein (teures) Roaming-Paket hinzu.

Gibt es schon jetzt Tarife, die „fit" für den 15. Juni sind?

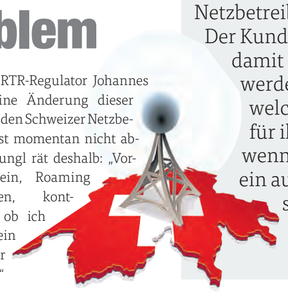
Aus Sicht der Netzbetreiber schon. Alle Befragten machen glauben, dass zum Inkrafttreten der EU-Verordnung keine neuen Tarife notwendig sein werden. Einige Anbieter hätten ohnehin erst im Jänner oder Februar neue Tarife lanciert. Dass dabei jedes Wort auf die Goldwage zu legen ist, musste Anton C. erfahren. Er hatte in einem Dornbirner Elektromarkt einen neuen „Top"-Tarif von Drei abgeschlossen: 19 Euro, „unlimitiert österreichweit und in allen anderen EU-Ländern". Mit der ersten Monatsrechnung forderte Drei 205 €. Was war geschehen? Herr C. hatte guten Glaubens von Österreich ins Ausland telefoniert (siehe weiter vorne). Ob ein Tarif Telefonieren „in alle" oder „in allen EU-Ländern" inkludiert – finanziell ein gewaltiger Unterschied. Im Elektromarkt war man bei der Reklamation von Anton C. noch immer davon überzeugt, auch Auslandsgespräche wären inkludiert. Jetzt kümmert sich der AK-Konsumentenschutz um den Fall.

Ich hole mir einfach eine Billig-SIM-Card aus dem Ausland!

Abgesehen davon, dass das im Normalfall nicht mehr notwendig ist – im Rahmen einer Fairness-Politik schiebt die EU einem „SIM-Karten-Schacher" (Gungl) den Riegel vor. Ein Ausländer kann ab 15. Juni dazu angehalten werden, eine „stabile Bindung" zu dem Land nachzuweisen, in dem er die SIM-Karte kaufen will, zum Beispiel durch eine Melde-, Studien- oder Arbeitsbestätigung.

Das Schweizer Netz bleibt ein Problem

GRENZFÄLLE. Die neue Roaming-Regelung hat keinen Einfluss auf die Schweiz. Auch nach dem 15. Juni kann es deshalb exorbitant teuer werden, in einem Schweizer Netz zu landen. Speziell beim Surfen: In der Regel kostet jedes einzelne verbrauchte MB 15 Euro – die Schweizer veranschlagen nämlich ein Gigabyte Datenvolumen mit 16.000 Franken! „Nicht nachvollziehbar", befindet auch der RTR-Regulator Johannes Gungl. Eine Änderung dieser Praxis bei den Schweizer Netzbetreibern ist momentan nicht absehbar. Gungl rät deshalb: „Vorsichtig sein, Roaming ausschalten, kontrollieren, ob ich nicht in ein Schweizer Netz falle."



RTR
Die Rundfunk- und Telekom-Regulierungs-Behörde ist für die Überwachung der korrekten Umsetzung der EU-Verordnung zuständig.

60 Euro
Diese Warngrenze für Datenvolumen bleibt weiter bestehen – zum Beispiel für Tarife ohne Roaming: Der Kunde muss rechtzeitig informiert werden und aktiv bestätigen, dass er Volumen darüber kostenpflichtig nutzen will.

SMS
Auch die verpflichtende Info-SMS der Netzbetreiber bleibt. Der Kunde muss damit informiert werden, ob und welche Kosten für ihn anfallen, wenn er sich in ein ausländisches Netz einloggt.

Fotos: RTR, Fotolia

Wissen fürs Leben: Glauben und Wandlungsfähigkeit

Im Frühjahr warten auf die Fans der Vortragsreihe „Wissen fürs Leben“ Eugen Drewermann und Bärbel Wardetzki.

WECHSEL. In der Reihe „Wissen fürs Leben“ hielt Dr. Ulrike Güdel den Vortrag „Gut durch die Wechseljahre“. Die AKtion hat sie interviewt und die Fachärztin für Allgemeinmedizin um drei Tipps für diesen mitunter sehr beschwerlichen Lebensabschnitt gebeten. Der komplette Vortrag findet sich auf dem Youtube-Kanal der AK Vorarlberg (www.youtube.com/akvorarlberg).

Güdel war schon einmal bei „Wissen fürs Leben“ zu Gast, damals – also vor ihrer Heirat – noch als Ulrike Banis mit dem Thema „Natürlich mehr Energie“.

Vertrauen statt Angst

Im Frühjahr stehen zwei weitere spannende Vorträge auf dem „Wissen fürs Leben“-Programm. Am 4. April 2017 setzt sich Dr. Eugen Drewermann mit dem Thema „Vertrauen statt Angst“ auseinander. Er tritt dafür ein, das Bild der Person Jesu von vielen Verfälschungen und Verformungen zu entrümpeln, damit man an so etwas wie „Gnade“ überhaupt erst glauben kann. Drewermann gehört zu den Stammgästen von „Wissen fürs Leben“ und ist schon zum vierten Mal in Feldkirch zu Gast.

Verwandlung

Mit „Wandlungsfähigkeit statt Kränkung“ setzt sich am 25. April der letzte Frühjahrsvortrag von Dr. Bärbel Wardetzki auseinander. Eine der zentralen Fragen für sie ist, wie Menschen mit Umbrüchen umgehen. Vieles macht ihnen anfangs Angst, mitunter sogar positive Veränderungen; da wäre zum Beispiel extreme Nervosität vor der Hochzeit. Der Eintritt zu den „Wissen fürs Leben“-Vorträgen ist gratis, es wird allerdings um eine Anmeldung per Telefon oder E-Mail gebeten.

▶ **Anmeldung** und Info unter Telefon 050/258-4026 oder per E-Mail unter wissen@ak-vorarlberg.at.

Foto: Fotolia, absolutimages

Bewegung ist nicht nur für Frauen in den Wechseljahren wichtig.

Mit drei Tipps ohne Beschwerden durch die Wechseljahre

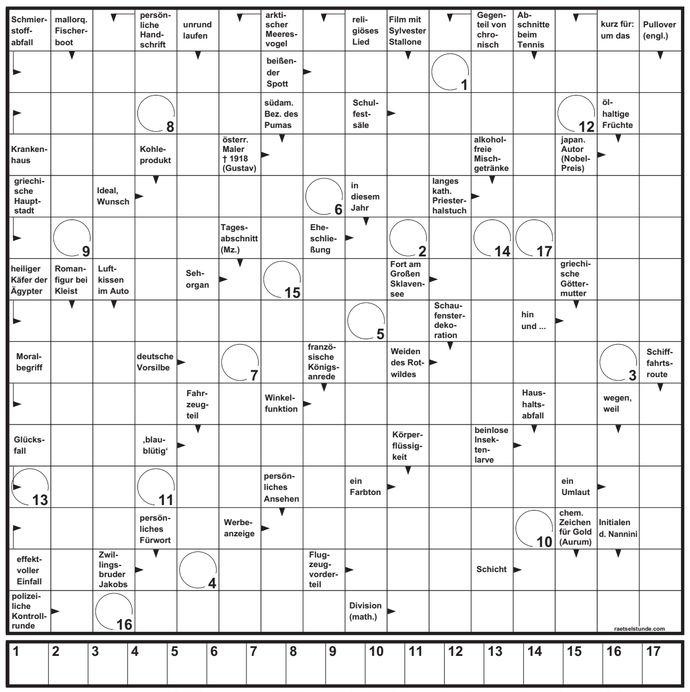
Im Gespräch mit der AKtion verriet Dr. Ulrike Güdel wirkungsvolle Strategien für die Zeit der Wechseljahre. Übrigens sind auch Männer betroffen, jedoch brauchen diese andere Lösungsansätze.

● Wie kommen Frauen am besten durch die Wechseljahre?
Mit Gelassenheit, viel Salbeitee, Progesteron-Gel, genug Bewegung und Humor. Eben dieser erlaubt es, sich auf den nächsten Lebensabschnitt zu freuen.

● Gibt es auch bei Männern Wechseljahre? Und wenn ja, wie kommen diese am besten durch ihren „Wechsel“?
Ja, auch Männer kommen in hormonelle Turbulenzen. Helfen kann neben Testosteron vor allem die bewusste Pflege von Hobbys und Freundschaften jenseits des Leistungsdrucks. Daneben gehören auch Entspannung, Bewegung, Liebe und Humor dazu. Auch das Lachen über eigene Schwächen entspannt die Situation maßgeblich.

● Was kann man vorbeugend tun, um so beschwerdefrei wie möglich durch diese Zeit zu kommen?
Bewegung schon in jungen Jahren, gesunde Ernährung, nicht rauchen, Alkohol zum Genuss, aber nicht zu viel. Man sollte auch neugierig bleiben auf das, was noch kommt, und allem etwas Positives abgewinnen – denn an Lebenserfahrung gewinnen wir immer dazu.

Foto: Jürgen Gorbach / AK



▶ **Als Lösungswort** ist eine wichtige Funktion deiner AK gesucht. Auflösung Seite 15

Hilfe für Helfende: Noch sind Plätze frei

Im April-Turnus der Aktion „Erholungsurlaub für pflegende Angehörige“ sind noch Plätze verfügbar.

AUSZEIT. Mit dem Erholungsurlaub für pflegende Angehörige bietet die AK Vorarlberg in Kooperation mit der Landesregierung, dem AMS und dem Bundessozialamt schon seit mehreren Jahren Entlastung an. Zehn Turnusse stehen auch 2017 auf dem Programm. Gegen einen geringen Selbstkostenbeitrag haben pflegende Angehörige die Möglichkeit, eine Woche Vollpension im Kurhotel Rossbad in Krumbach zu verbringen. Für den Turnus 4, der bereits am 23. April 2017 beginnt, gibt es derzeit noch freie Plätze. Interessenten werden gebeten, sich möglichst rasch bei Helga Barta von der AK Vorarlberg zu melden, die die Initiative koordiniert.

Oberstes Ziel des Angebotes ist es, den Pflegenden im Rahmen des einwöchigen Aufenthaltes im Bregenzerwald die Möglichkeit zur körperlichen und seelischen Regeneration zu bieten. Denn die Pflege hilfsbedürftiger Angehöriger in ihrem häuslichen Umfeld ist nicht nur eine wichtige und wertvolle Arbeit – sie ist auch fordernd und anstrengend. Falls eine Ersatzpflege nötig ist, kann dafür unter bestimmten Voraussetzungen ein Zuschuss vom Sozialministerium in Anspruch genommen werden.

▶ **Auskünfte** Montag bis Mittwoch, Helga Barta, Telefon 050/258-4216 oder per E-Mail unter helga.barta@ak-vorarlberg.at

Foto: Fotolia, highwaystarz

Häusliche Pflege ist eine mentale und körperliche Belastung.

Foto: Jürgen Gorbach / AK

Noch befindet sich das Bühnenbild für Georges Bizets „Carmen“ im Aufbau. Mit der AK Vorarlberg erhalten Sie ermäßigte Tickets für das Programm der Festspiele 2017.

Mit der AK Vorarlberg günstig zu Festspielkarten kommen

Alle Mitglieder können über ihre AK verbilligte Karten für Konzerte, Opern und Theater bei den Bregenzer Festspielen erhalten.

KULTUR. Ab dem 19. Juli 2017 sind die Bregenzer Festspiele mit ihrem abwechslungsreichen Programm wieder Anziehungspunkt für Kulturbegeisterte aus aller Welt. Neben den Aufführungen auf der Seebühne werden auch im Festspielhaus und im Landestheater spannende Stücke aus den Bereichen Oper und Theater aufgeführt. Für all das können AK-Mitglieder um bis zu 25 Prozent vergünstigte Karten erhalten.

Internationale Kooperationen

In der kommenden Spielzeit greifen die Festspiele auch auf bemerkenswerte Kooperationen zurück, wie zum Beispiel mit dem Maxim-Gorki-Theater Berlin, das mit „The Situation“ ein besonderes Experiment auf die Bühne bringt. Das Schauspiel wird in englischer, deutscher, hebräischer und arabischer Sprache präsentiert und mit deutschen und englischen Übertiteln versehen.

Absolut sehenswert, nicht nur für Verehrer von Richard Wagner, ist auch „Der Ring in 90 Minuten“ mit dem niederländischen Bläserensemble „Hotel Modern“. Was im Original mehrere Abende in Anspruch nimmt, ist bei den Bregenzer Festspielen in 90 Minuten als Miniaturtheater in der Insektenwelt erlebbar – Musiktheater mit selbst gebauten Marionetten, Puppen und Landschaften, die mit Livekameras vergrößert projiziert werden.

Auch in diesem Jahr bietet die AK Vorarlberg ihren Mitgliedern Karten zu ermäßigten Preisen an. Ob „Carmen“ auf der Seebühne, die Hausoper „Moses in Ägypten“ oder eines der anderen zahlreichen Highlights – mit dem Festspielkarten-Kontingent der Arbeiterkammer findet jeder das passende Angebot.

Wir ermöglichen Arbeitnehmern einen kostengünstigen Zugang zum Angebot der Bregenzer Festspiele.

Hubert Hämmerle
AK-Präsident

Onlinebestellung bis 28. April

Neben den Opern auf der Seebühne und im Festspielhaus stehen auch in diesem Jahr wieder Produktionen im Vorarlberger Landestheater oder auf der Werkstattbühne zur Wahl. Zudem darf man sich auf die klassischen Orchesterkonzerte der Wiener Symphoniker beziehungsweise des Symphonieorchester Vorarlberg freuen. Die Reihe „Musik und Poesie“ rundet den Festspielsommer ab. Ausführliche Informationen zum umfangreichen Programm der Bregenzer Festspiele finden Sie auf deren Homepage (www.bregenzerfestspiele.com). Die Karten können ab sofort bis spätestens 28. April ausschließlich online bestellt werden, bei Fragen steht Renate Roth vom Kartenbüro der AK in Bregenz gerne zur Verfügung.

Restkarten sind von 2. bis 9. Mai nur noch direkt im AK-Kartenbüro in Bregenz gegen Barzahlung erhältlich.

▶ **Das Bestellformular** finden Sie online auf ak.bregenzerfestspiele.com, das Kartenbüro ist telefonisch unter 05574/258-5500 erreichbar.

Schluss mit versteckten Agrarförderungen

AK-Direktor Keckeis gegen Abwrackprämien für alte Biogasanlagen auf dem Rücken der Konsumenten

RÜCKWIRKEND. Wenn die „kleine“ Ökostromnovelle so beschlossen wird, schaufelt der Staat den dick geförderten Biogasanlagen auch noch ein Millionengrab, kritisiert AK-Direktor Rainer Keckeis. Allfällige Abwrackkosten dürften allenfalls das Landwirtschaftsbudget belasten.

Die geplante „kleine“ Ökostromgesetz-Novelle sieht vor allem Stilllegungsprämien für unwirtschaftliche Biogasanlagen vor. Warum? Zur Vorgeschichte: 2003 gingen in Österreich die ersten Biogasanlagen ans Netz. Steirische Landwirte investierten als Erste in der Hoffnung auf sprudelnde Einnahmen in ein zweites Standbein neben dem Ackerbau. Der Boom erfasste nach und nach das ganze Bundesgebiet. Heute stehen in Österreich 311 Biogasanlagen, 29 davon in Vorarlberg.

Doch die Goldgräberstimmung schlug um. Inzwischen kippen die Anlagen nach Auslaufen der garantierten Einspeisetarife reihenweise aus der Förderung und stehen damit vor dem Aus. Deshalb hat Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner eine Rettungsaktion ersonnen.

Die „kleine“ Ökostromnovelle sieht vor, die umstrittene Förderpraxis zunächst noch sieben Jahre fortzuführen, indem die technische Lebenszeit der Anlagen – 20 statt 13 Jahre – als Grundlage herangezogen wird. AK-Direktor Keckeis rechnet vor, dass die Betreiber von Biogasanlagen jährlich Vergütungen in Höhe von rund 95 Millionen Euro einstreichen für eine Menge Strom, die am Markt nur rund 18 Millionen Euro wert ist. „Das ist nichts anderes als Agrarförderung durch die Hintertür und gehört abgestellt statt verlängert.“

Beschwerde bei EU-Kommission

Kopfschüttelnd kommentiert Keckeis auch die Idee eines Ausstiegsanreizes für besonders defizitäre Biogasanlagen. Das geplante „Technologieabfindungsgesetz“ soll Betreibern helfen, ihre maroden Anlagen loszuwerden. Der Gesetzgeber selbst schätzt den Mittelbedarf mit 120 Millionen Euro ein. Für AK-Direktor Keckeis scheint das noch unrealistisch niedrig zu sein. „Auch dieses Geld müssen die Konsumenten aufbringen.“

Die AK Vorarlberg lehnt deshalb die „kleine“ Ökostromnovelle ab. Die Biogasanlagen, die zudem großteils mit dem Lebensmittel Mais betrieben wurden, waren zu keinem Zeitpunkt marktgerecht. Für den Fall, dass der Konsument nun auch noch das Ende mit Schrecken bezahlen soll, hat die AK bereits mehrfach Beschwerde bei der EU-Kommission angekündigt.

Foto: Fotolia

Stilllegungsprämien für unwirtschaftliche Biogasanlagen? Nicht auf Kosten der Konsumenten.

AK COMPUTER-TIPP

von Oliver Fink, Leiter der EDV-Abteilung der AK Vorarlberg

KeePass

Obwohl ich schon des Öfteren über dieses Programm geschrieben habe, möchte ich trotzdem nochmals auf die Wichtigkeit eines solchen Passwortmanagers hinweisen. Es wird immer schwerer, sich alle seine Login-Daten zu merken – außer man verwendet eben ein und dasselbe Passwort für alle Logins. Da das aber auf keinen Fall gemacht werden sollte, möchte ich Ihnen das kleine Programm KeePass ans Herz legen. Mit diesem Tool können Sie sich sichere Passwörter generieren lassen, und wenn diese Login-Daten einmal in KeePass gespeichert sind, übernimmt sogar das Programm die Tipparbeit für Sie und lässt den Benutzernamen und das Passwort in das geöffnete Browserfenster einfließen.
Es ist zwar mit etwas Aufwand verbunden, aber meiner Meinung nach ist der Sicherheitsgewinn durch die Verwendung dieses Programms enorm. KeePass ist Open-Source und kann frei von der Homepage des Herstellers heruntergeladen werden (http://keepass.info/).

▶ **E-Mail:** oliver.fink@ak-vorarlberg.at

Gesetzwidrige T-Mobile-Klauseln

Der Oberste Gerichtshof stellt klar, was eigentlich logisch sein müsste: Werden Klauseln von einem Gericht als gesetzwidrig erkannt, dürfen sich Firmen ab sofort nicht mehr darauf berufen. Den Ausschlag hatte eine von der AK Vorarlberg beauftragte Verbandsklage gegen T-Mobile Austria gegeben. Sieben von neun Klauseln wurden für unzulässig erklärt. Bisher war in solchen Fällen den Firmen in der Regel eine sogenannte Leistungsfrist eingeräumt, während der sie sich auf diese Klauseln noch berufen können. Mit der OGH-Entscheidung ist es damit nun hoffentlich vorbei.

Kurz gemeldet …

- Die AK Vorarlberg hat jetzt die 200.000. Beratung durchgeführt, seit seit 2009 auch Nicht-Mitglieder den AK-Konsumentenschutz nutzen können.
- Brisantes EuGH-Urteil: Anrufe zu Kundendienst-Hotlines dürfen nicht mehr kosten als ein Anruf unter einer gewöhnlichen geografischen Festnetznummer oder einer Mobilfunknummer.
- Laut einer neuen US-Studie gefährden Menschen, die ständig ihre Social-Media-Accounts checken, ihre Gesundheit. Ursache ist nachweislich ein deutlich erhöhter Stresslevel.

Ziehen oder schieben? Hart- oder Weichschalenkoffer? Neben der Qualität entscheidet auch die persönliche Präferenz über die Wahl.

Fotos: Fotolia, Stiftung Warentest

Reisekoffer-Test: Kaum zu packen!

Ein todschicker Aluminiumkoffer von Rimowa kostet 660 Euro – und stürzt im Test ab. Tadellose Modelle sind dagegen schon ab 100 Euro zu haben.

REISEKOMFORT. Man braucht sie. Nach der Größe gilt die zweite Frage meist der Art: stabile Hartschale oder flexible Weichschale? Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) hat beides getestet. Zuallererst zu den jeweiligen Vorzügen.

● Hartschalenkoffer bestehen meist aus leichtem Polycarbonat oder ABS-Kunststoff. Der stabile Korpus schützt den Inhalt gut. Kleidungsstücke etwa bleiben weitgehend knitterfrei, vorausgesetzt, sie sind ordentlich verpackt. Hartschalenkoffer müssen nicht schwer sein: Ein absolutes Leichtgewicht ist der nur 1,7 Kilogramm schwere Samsonite Lite-Shock.

● Weichschalenkoffer bestehen meist aus Polyester oder Polyamid. Da der Korpus flexibel ist, können sie bei Bedarf richtig „vollgestopft" werden. Sie haben Außentaschen für alles, was man griffbereit haben möchte (Papiere, Zeitschriften oder den Laptop).

Ziehen oder schieben?

Manche ziehen einen Koffer gern, andere schieben ihn lieber. Mittlerweile haben sich Modelle mit vier bzw. acht Rollen (vier Doppelrollen) durchgesetzt. Und das nicht ohne Grund: Auf glatten Böden kann der Koffer seitlich leicht geschoben werden. Auf holprigem Grund muss der Reisende ihn wie einen Zweiradkoffer ziehen. Das kann ganz schön laut werden.

Negativ fallen hier die zwei Modelle von Rimowa auf. Beim Alukoffer notierten die Tester: „Lautes, klapperndes Laufgeräusch, deutliche Vibrationen am Handgriff." Damit ist beim teuren Rimowa Topas aber noch nicht Schluss: Er ist auch nicht ganz dicht. Wer sich damit lange im Regen aufhält, riskiert, dass der Inhalt nass wird. Im Prüfpunkt Regenbeständigkeit ist dieses Modell das Schlusslicht.

Handhabung: Keiner ist perfekt

Bei den gut bewerteten Koffern liegen die Unterschiede in der Handhabung. Perfekt ist leider keiner. Neben den teilweise etwas lauten Rollgeräuschen sind einige Koffer auch nicht besonders standfest. Und etliche Teleskopgriffe wackeln oder liegen nicht wirklich angenehm in der Hand. Bis auf Testverlierer Primark verfügen alle Koffer über ein TSA-Schloss. Bei Reisen in die USA kann die Transportsicherheits-Behörde TSA die Koffer öffnen und durchsuchen. Das bewahrt Reisende davor, dass die Beamten das Schloss aufbrechen.

Das Billigmodell von Primark ist mit Schadstoffen belastet. Im Tragegriff fanden sich erhebliche Mengen an polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) und Weichmachern. Das ist nicht unproblematisch, denn beim Anfassen der Griffe können die Schadstoffe über die Haut in den Körper gelangen.

Um ihre Haltbarkeit zu testen, mussten die Koffer eine Fallprüfung aus einem Meter Höhe überstehen. Der sündteure Rimowa Topas sah danach gar nicht gut aus: Mit Blechschäden und einer tief ins Gehäuse gedrückten Rollenaufhängung hinterließ er einen reichlich ramponierten Eindruck.

Zum Schluss ein wichtiger Tipp für Flugreisen: Achten Sie unbedingt auf die unterschiedlichen Limits für Abmessungen und Gewicht! Erkundigen Sie sich direkt bei der Fluggesellschaft über die aktuellen Regelungen.

▶ **Alle Details zum Test:** www.konsument.at/koffer022017 (kostenpflichtig)

Testergebnisse Koffer
bei gleicher Punktezahl Reihung alphabetisch

Marke	Type	Richtpreis in €	Testurteil (Erreichte von 100 Prozentpunkten)	Außenmaterial[1]	Abmessungen: HxBxT in cm[2]	Gewicht in kg	Maximales Volumen in l	Volumen Außentaschen in l	Rollen austauschbar[1]	TSA-Zahlenschloss	HANDHABUNG 45 %	Öffnen und Schließen	Packen	Rollen und Tragen	Teleskopgriff	Rollgeräusch	Standfestigkeit	Bedienungshinweise	HALTBARKEIT 40 %	Falltest Rollen	Dauertest Rollen und Teleskopgriff	Regenbeständigkeit	Scheuerbeständigkeit	VERARBEITUNG 10 %	SCHADSTOFFE IN GRIFFEN 5 %
WEICHSCHALENKOFFER																									
Stratic	Unbeatable 2 Trolley S	**152,–**	**gut** (70)	Nylon	57x36x21	2,3	31[3]	0,4	●	●	+	+	+	+	+	o	+	o	++	+	+	++	++	+	+
Delsey	U-Lite Classic Kabinentrolley	**140,–**	**gut** (60)	Polyester	58x41x21[4]	2,8	36	0,4	●	●	o	+	+	o	o	o	–	–	+	++	o	+	++	o	o
Saxoline	Blue Alpine	**100,–**	**gut** (60)	Polyester	56x34x18	2,2	23	0,4	●	●	o	o	o	+	o	o	o	– –[5)6)]	+	+	+	o	+	+	++
RV Roncato	Venice SL Deluxe Carry-On	**189,–**	**durchschnittlich** (58)	Nylon	58x39x24	2,5	38	1,2	k. A.	●[7)]	o	o	o	o	o	+	+	– –[5)8)]	+	+	+	o	++	o	o
Travelite	Crosslite 4w Trolley S	**100,–**	**durchschnittlich** (40)	Polyester	58x39x21	2,7	34	2,4	●	●[9)]	o	+	+	o	o	o	o	o	–[5)]	–[5)]	++	o	++	+	+
HARTSCHALENKOFFER																									
Samsonite	Neopulse Spinner 55	**230,–**	**gut** (76)	Polycarbonat	57x39x21	2,3	37	entf.	●	●	+	+	+	+	o	o	+	–	++	++	++	++	entf.	++	+
Rimowa	Salsa Air Ultralight Multiwheel	**370,–**	**gut** (74)	Polycarbonat	55x37x20	2,0	33	entf.	●	●	+	+	o	+	o	–	+	+	++	++	++	+	entf.	++	+
Samsonite	Lite-Shock Spinner 55	**330,–**	**gut** (74)	Curv (Polypropylen)	56x39x21	1,7	35	entf.	●	●	o	+	o	+	o	+	+	–	++	+	++	+	entf.	++	++
Victorinox	Spectra Global Carry-On	**319,–**	**gut** (74)	Polycarbonat	55x39x21	2,8	32	entf.	●	●	+	+	o	+	+	o	+	o	++	+	++	+	entf.	++	+
Wenger	PC Light 4 Rollen Kabinen-Trolley	**190,–**	**gut** (70)	Polycarbonat	58x38x24	2,8	35	entf.	●	●	o	+	o	o	o	o	o	–	++	++	++	+	entf.	+	+
American Tourister	Bon Air Spinner S Strict	**110,–**	**gut** (68)	Polypropylen	55x39x22	2,7	34	entf.	❍	●	o	+	+	o	+	o	+	–	++	++	++	o	entf.	o	+
Travelite	Elbe Two 4w Trolley S	**120,–**	**gut** (66)	Polycarbonat	54x39x20	2,7	30	entf.	●	●	o	+	+	+	+	+	o	– –[5)8)]	+	+	+	+	entf.	++	+
Titan	X2 4w Trolley S	**140,–**	**gut** (64)	Polycarbonat	55x38x21	2,4	30	entf.	●	●	o	o	o	+	+	+	+	– –[5)8)]	++	++	+	+	entf.	+	++
Check In	London	**99,–**	**weniger zufriedenstellend** (34)	Polycarbonat, ABS	55x39x21	2,9	28	entf.	●	●	o	+	+	o	+	o	o	o	–[5)]	–[5)]	–	+	entf.	+	+
Rimowa	Topas Cabin Multiwheel	**660,–**	**weniger zufriedenstellend** (34)	Aluminium	55x40x20	4,2	31	entf.	●	●	+	+	+	+	+	–	++	+	–[5)]	–[5)]	++	–	entf.	++	++
Primark Travel	Travel 21" Upright Suitcase	**28,–**	**nicht zufriedenstellend** (0)	ABS	55x35x21	2,4	32	entf.	❍	❍	o	+	o	o	o	o	o	–	–	–[5)]	–	o	entf.	o	– –[5)10)]

Zeichenerklärung: ● = ja ❍ = nein s. = stufenlos k. A. = keine Angabe entf. = entfällt [1)] laut Anbieter [2)] inklusive Tragegriff [3)] Volumen erweiterbar auf 35 l [4)] Rollen abnehmbar [5)] führt zur Abwertung [6)] keine Angabe zu Abmessungen, Volumen und Gewicht am Produkt [7)] separat beigelegt [8)] Abweichung vom angegebenen Volumen größer als 20 Prozent [9)] inklusive Stahlseil [10)] deutliche Mengen an PAK und Phthalaten im Tragegriff **Beurteilungsnoten:** sehr gut (+ +), gut (+), durchschnittlich (o), weniger zufriedenstellend (–), nicht zufriedenstellend (– –)
Prozentangaben = Anteil am Endurteil **Preise:** Oktober 2016

© KTipp

Ein- und Zweifamilienhaus: Stolperfallen für Mieter

Speziell in Vorarlberg mit seinen vielen kleinen Wohnhäusern ein heißes Eisen: Die Rechte sind zwischen Mieter und Vermieter ungleich verteilt.

MIETRECHT. Nicht jeder weiß es, und so landen laufend verzweifelte Mieter bei der Konsumentenberatung: Seit 2002 unterliegen Wohnungen mit nicht mehr als zwei Mieteinheiten nicht mehr dem Mietrechtsgesetz. Auch Häuser, in denen durch den Ausbau des Dachbodens nachträglich zusätzliche Mietwohnungen geschaffen wurden, fallen unter die mietrechtslose Kategorie.

Mit anderen Worten: „Hier ist große Vorsicht geboten, weil der Mieter keinen Kündigungs- und Befristungsschutz hat", sagt AK-Konsumentenberater Mag. Markus Unterhofer: „Das heißt, der Vermieter kann – sogar ohne vertragliches Kündigungsrecht – jederzeit mit einer einmonatigen Frist zum Monatsletzten einen unbefristeten Mietvertrag auflösen." Sogar bei einem befristeten Mietvertrag ist eine vorzeitige Kündigung ohne Angabe eines Grundes durch den Vermieter möglich. Allerdings nur, wenn ein derartiges Kündigungsrecht für den Vermieter im Mietvertrag enthalten ist." Das berüchtigte „Kleingedruckte. Der Mieter muss ständig mit einer Kündigung aus heiterem Himmel rechnen. Zudem sind für alle Mietobjekte, die von dieser Nichtanwendbarkeit des Mietrechts betroffen sind, sehr kurze Befristungen zulässig. Der Mieter muss daher immer wieder um eine Vertragsverlängerung bangen.

Der fehlende Kündigungsschutz entzieht dem Mieter seine ohnehin mageren Rechte.

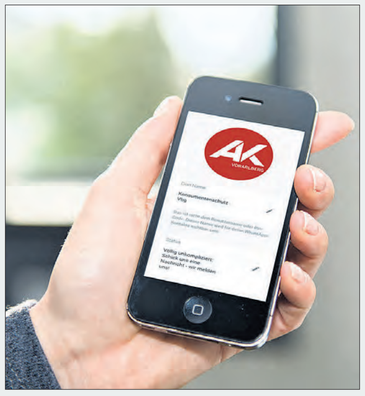
Mag. Markus Unterhofer
AK-Konsumentenschutz

Eingeschränkte Möglichkeiten

Umgekehrt muss auch ein Mieter bei seinen eigenen Kündigungsmöglichkeiten sehr vorsichtig sein, appelliert Unterhofer: „Während der Mieter einen unbefristeten Mietvertrag – wie der Vermieter – mit einmonatiger Frist recht unproblematisch auflösen kann, hat er bei befristeten keine grundlose Auflösungsmöglichkeit. Im schlimmsten Fall muss ein Mieter daher auch einen auf lange Zeit befristeten Mietvertrag bis zum Ende einhalten, wenn er sich kein vorzeitiges Kündigungsrecht ausverhandelt."

▶ **AK-Konsumentenschutz:** Mag. Markus Unterhofer, Tel. 050/258-3038, E-Mail markus.unterhofer@ak-vorarlberg.at

AK-KONSUMENTENSCHUTZ IST AUCH PER WHATSAPP ERREICHBAR



0664/3158313. Das ist die Handy-Nummer, unter der Sie die Konsumentenberatung der AK Vorarlberg ab sofort auch über WhatsApp kontaktieren können. Nach Absenden einer Mitteilung ruft ein Mitarbeiter der Konsumentenschutzabteilung zurück, um entweder direkt die gewünschte Auskunft zu geben oder – wenn es sich um kompliziertere Fälle handelt – einen Termin zu vereinbaren. „Neben dieser Einfachheit", sagt Abteilungsleiterin Dr. Karin Hinteregger, „hat dieses neue Service der AK Vorarlberg für die Konsumentinnen und Konsumenten auch den großen Vorteil, dass sie gleich ein Foto anhängen können, zum Beispiel von einem Dokument oder einer misslungenen Reparatur. Wir wissen sofort, worum es geht, und können Auskunft geben."

▶ **AK-Konsumentenberatung:** Alle aktuellen Infos, Musterbriefe und mehr auf www.ak-vorarlberg.at/beratung/Konsumentenschutz

Foto: Jürgen Gerbatsch / AK

Wirklich fit für einen fixen Vertrag?

Fitnessstudio-Verträge sind schwer zu kündigen. Bei der AK Vorarlberg häufen sich die Beschwerden.

RECHT. Manche Fitnessstudios bringen ihre Kunden nicht nur an den Geräten, sondern auch mit ihren Vertragsklauseln gehörig ins Schwitzen. Einschlägige Beschwerden bei der AK-Konsumentenberatung betreffen fast immer die Frage der Kündigung. Das Beispiel einer 36-jährigen Unterländerin steht für viele. Sie entschied sich zu Beginn der Fastenzeit fürs Training. Zuerst war sie noch regelmäßig bei der Sache, dann blieb immer weniger Zeit. Also wollte sie aussteigen. Aber so einfach war das nicht. Eine Kündigung sei frühestens nach einem Jahr möglich. Bis dahin müsse sie weiter die Monatsgebühr von 60 Euro bezahlen.

Die AK Vorarlberg prüfte den Vertrag. Tatsächlich hatte sich die Kundin mit ihrer Unterschrift mit der Jahresbindung einverstanden erklärt und damit, dass eine Kündigung davor nur mit Zustimmung des Fitnessstudios möglich wäre.

Deshalb die wichtigsten AK-Tipps zu Fitness-Verträgen:

- Mehrere Studios anschauen, vergleichen Sie Angebot und Preis, aber auch die Distanz zu Wohnort oder Arbeitsplatz.
- Klären Sie die Kündigungsmöglichkeiten. Achten Sie darauf, dass dies im Vertrag auch so festgehalten wird.
- Wählen Sie im Zweifel ein Studio ohne Mindesvertragsdauer.

Geänderte Taktik der „Solution 24 GmbH"

Die Firma „Solution 24 GmbH" schlägt wieder mit betrügerischen E-Mails zu, die Abzocke geht in die nächste Runde. Erst im Jänner drohte die Firma mit Pfändungen durch ein „Inkasso Außendienst Team", wenn Betroffene eine vermeintliche Rechnung nicht bezahlen – die AKtion berichtete. Jetzt werden Vorarlberger wegen einer angeblich offenen Rechnung bei „gps-routenplaner.net" kontaktiert und mit einem Vollstreckungstitel vor Gericht bedroht: Der Gerichtsvollzieher stehe zur Pfändung von Wertgegenständen bereit – ein Transporter sei bereits organisiert. Um die „Maßnahme" abzuwenden, könne der offene Betrag „per Amazon Gutschein, dem sicheren online Bezahlsystem" beglichen werden. Nichts als dreister Unsinn! E-Mail ignorieren und in den Papierkorb schieben.

Foto: Jürgen Gorbach / AK

Hunderte Vorarlberger haben das Angebot der kostenlosen Beratung schon genutzt.

Mit Hilfe der AK Steuern sparen

AK-Experten haben Klienten schon 450.000 Euro erspart – AK-Präsident: Holen Sie Ihr Geld zurück!

STEUERSPAR-TAGE Erfreuliche Halbzeitbilanz: Die AK Vorarlberg hält den ganzen März über Steuerspar-Tage ab und hat ihre Beratungsdienste auch auf Abende und Samstage ausgeweitet. Mit Stichtag 15. März haben die Experten der AK bereits 713 Anträge zur Arbeitnehmerveranlagung ans Finanzamt gesandt und so dafür gesorgt, dass ihre Klienten 453.068 Euro zurückerhalten. Weil jeder Euro zählt, empfiehlt AK-Präsident Hubert Hämmerle: „Holen auch Sie sich Ihr Geld zurück!" Sie müssen nur über die Hotline 050/258-3131 einen Termin vereinbaren.

Jedes Jahr lassen Steuerpflichtige Geld einfach liegen, weil sie die Anträge scheuen. Das muss nicht sein!

Hubert Hämmerle
AK-Präsident

Anträge in vielen Fällen nötig

Zwar hat das Finanzministerium die neue antragslose Veranlagung eingeführt. Aber Achtung! „Wer mehr als die Pauschalbeträge in Anspruch nehmen und zusätzliche Ausgaben von der Steuer absetzen möchte, sollte auch weiterhin einen Antrag auf Lohnsteuerausgleich stellen", weiß Hämmerle. Auch wer in den vergangenen beiden Jahren zusätzliche Ausgaben (außergewöhnliche Belastungen durch Krankheit oder Kurkosten) abgesetzt oder Kinderfreibeträge genutzt hat, muss den Lohnsteuerausgleich selbst durchführen. Dasselbe gilt, wenn zusätzlich zu Gehalt oder Pension noch andere Einkünfte vorliegen.

Jenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die weiterhin ihre Arbeitnehmerveranlagung selbst einreichen sollten, kommt die AK mit einem besonderen Service entgegen. Bis zum 31. März 2017 stehen von Montag bis Donnerstag von 17 bis 20 Uhr und jeden Samstag von 8 bis 12 Uhr im Saal der AK in Feldkirch zusätzliche Steuerexperten zur Verfügung. Insgesamt 35 Fachleute nehmen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Hand und führen mit ihnen gemeinsam die Arbeitnehmerveranlagung durch.

Es ist ganz einfach

Und so einfach geht's: Einfach unter der Telefonnummer 050/258-3131 einen Beratungstermin vereinbaren. „Wir haben zudem dafür gesorgt, dass die Anreise zu den Steuerspar-Tagen mit Bus und Bahn gratis ist", erklärt der AK-Präsident. „In Ihrer Arbeiterkammer in Feldkirch werden Sie im Foyer empfangen und rasch und umfassend beraten."

Übrigens: Auch jenen Vorarlberger Niedrigverdienern, die eventuell Anspruch auf Pendlerpauschale haben, raten die Fachleute des AK-Steuerservice dazu, einen Beratungstermin zu vereinbaren. Möglicherweise lohnt es sich ja ...

Die neue Broschüre kann unter www.ak-vorarlberg.at gratis bestellt werden.

Die AK Vorarlberg hat ihre Mitglieder gefragt: Warum sind Sie für oder gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns?

Ich bin dafür, weil man von 40 Arbeitsstunden pro Woche leben können muss. Dagegen spricht, dass es vermutlich zu Kündigungen kommen würde.
Elfriede Drexel, Hard

1700 Euro brutto wären nötig, bedenkt man die hohen Wohn- und Lebenskosten. 1500 Euro brutto, das ist schon ein Ansatz.
Gertraud Rusch, Au

Jedenfalls muss man vom Mindestlohn eine Wohnung und sein Leben bezahlen können, wenn auch bescheiden.
Margot Reinisch, Dornbirn

Ich bin für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, weil ich der Meinung bin: Wer arbeitet, soll auch etwas verdienen.
Dagmar Rudolp, Hard

Ja, um Lohnarmut zu verhindern.
Annemarie Malin, Frastanz

Ich bin auf jeden Fall für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, weil sich einfach sehr viele Geringverdiener schwer tun, mit dem Einkommen auszukommen. Es muss zumindest möglich sein – wie Sie es in der Überschrift treffend formuliert haben (AKtion Februar 2017) –, dass man von der Arbeit leben kann.
Patricia & Günter Baldauf, Sulz

Ich bin dafür, weil bestimmte Branchen (Einzelhandel, Friseur ...) ein sehr geringes Lohnniveau haben, trotz der oft körperlich schweren Arbeit.
Beate Burtscher, Thüringerberg

Wir wollen keine Sklaven in Österreich und nicht zurück ins 19. Jahrhundert. AK und Gewerkschaften haben zig Jahre dafür gekämpft, dass wir nicht wie in Amerika drei bis vier Jobs zum Überleben brauchen. Jeder Arbeitnehmer muss von seinem Lohn leben können!
Kurt Ölz, Lauterach

Grundsätzlich bin ich für einen Mindestlohn. Jeder Arbeitnehmer hat ein Recht darauf, dass er – umgelegt auf Vollzeitbeschäftigung – mit dem Lohn sein Leben finanzieren kann. Wobei Leben bei mir nicht bedeutet, dass sich damit auch Urlaub am Strand u. Ä. ausgehen muss. Leben heißt für mich z. B. wohnen, essen, ein „normales" Auto fahren, einem Hobby nachgehen können. Dagegen spricht, dass ein Schulabbrecher und Ungelernter den Mindestlohn von 1500 Euro bekommt, und jemand, der beispielsweise eine Lehre in einem Niedriglohnsegment wie im Einzelhandel oder beim Friseur gemacht hat, auch nicht mehr bekommt. Und diese Löhne sind im Kollektivvertrag festgehalten. Eigentlich ein Wahnsinn und leider typisch für frauenlastige Berufsbereiche. Bevor solche Widrigkeiten nicht nachhaltig gelöst sind, kann über einen Mindestlohn zwar diskutiert werden. Eine Entscheidung dafür darf jedoch nicht umgesetzt werden.
Annette Raber, Rankweil

Ich bin für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Er mildert bzw. verhindert Lohnarmut und fördert die Binnenwirtschaft. Ein Mindestlohn bremst Lohndumping ein.
Cornelia Wachter, Lochau

Ja zum Mindestlohn, weil man von Arbeit leben können muss. Österreich ist eines von sechs EU-Ländern ohne Mindestlohn. Auch ein gesetzlicher Mindestlohn bietet freilich keinen Garant für bare Münze.
Sonja Kohler, Au

Dagegen – wer arbeiten will, soll besser bezahlt werden – wir sind zu sozial.
Peter Dietrich, Rankweil

Bin dagegen. Regelung über Kollektivverträge scheint mir sinnvoller zu sein.
Anton Eisele, Frastanz

Ich bin für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Österreich, da es jedem Menschen zustehen soll, mit diesem Geld ein erleichtertes Leben führen zu können. Es sollten zudem die Kollektivverträge zusätzlich abgeändert werden, da manche Branchen sehr im Nachteil sind z. B. Gastgewerbe... Arbeit und Leistung passen nicht mit dem Mindestlohn zusammen.
Barbara Zoderer, Bürs

Das kommt darauf an – Sind die volkswirtschaftlichen Auswirkungen ausreichend untersucht?
Michael Seifert, Dornbirn

Ich bin nur für die Einführung bei bestimmten, zu gering entlohnten Sparten wie Teilzeit im Handel usw., aber gegen eine generelle Einführung, um Missbräuche zu verhindern, da mit dieser Mindestentlohnung das Leistungsprinzip unterlaufen werden kann.
Andrea Ender, Götzis

Foto: Fotolia

LANDESMEISTERSCHAFT DER FRISEURLEHRLINGE

Foto: Jürgen Gorbach / AK

„Haarwerk 2017" nannte sich die Landesmeisterschaft der Friseurlehrlinge im Feldkircher Montforthaus. Vorarlbergs Friseurnachwuchs stellte dabei sein hohes Niveau unter Beweis und punktete mit viel Kreativität, Ideenreichtum und Engagement. Die Sieger aus allen drei Lehrjahren haben beste Chancen, Vorarlberg bei der Bundesmeisterschaft zu vertreten: Im ersten Lehrjahr entschieden Ramona Künz aus der Frisierstube Jäger in Dornbirn, Kim Hasler, Intercoiffeur Plaickner in Götzis, und Lisa Meusburger, Maischön Gmbh in Egg, die Gesamtwertung für sich. Im zweiten Lehrjahr errangen Michaela Giselbrecht und Annabell Honeder, beide bei Maischön Gmbh in Bregenz, und Anna-Lena Scheier von Le Figaro aus Dornbirn die drei ersten Plätze. Den Bewerb des dritten Lehrjahrs gewannen Corinna Kohler, Maischön GmbH aus Egg, Bianca Rüscher von Strolz & Haare in Au und Selina Keskin, Friseursalon Irene in Frastanz. Die AK Vorarlberg gratuliert allen herzlich!

Künftig mindestens 1260 Stunden in Berufsschule

Künftig sollen alle Lehrlinge in Österreich mindestens 1260 Stunden in die Berufsschule gehen. Das sieht ein neues Gesetz vor, das eben in Begutachtung geschickt wurde. „Damit wird eine unserer langjährigen Forderungen erfüllt", sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle.

AUFGESTOCKT. Wie viel Zeit Lehrlinge in der Berufsschule verbringen, ist derzeit je nach Sparte unterschiedlich, so wie die einzelnen Lehrausbildungen ja auch drei, dreieinhalb oder vier Jahre dauern. Im Tourismus müssen Lehrlinge derzeit 1080 Stunden lang die Berufsschulbank drücken, im Handel 1080 bis 1260, bei Friseuren, Floristen, Bäckern rund 1200 und bei KFZ-Technikern 1440 Stunden. Jetzt will die Regierung eine Untergrenze einziehen: Künftig sollen alle Lehrlinge mindestens 1260 Stunden Berufsschulbildung erhalten. Das sieht ein gerade in Begutachtung geschicktes Gesetz vor.

Untergrenze einziehen

Sowohl Jugendliche mit Lehrvertrag als auch diejenigen, die keinen regulären Lehrplatz gefunden haben und eine überbetriebliche Lehrausbildung machen, müssen neben der praktischen Ausbildung eine Berufsschule besuchen. Ab Herbst soll nun in jeder Sparte verbindlich eine Mindestanzahl von 1260 Stunden gelten. Davon werden vor allem die Lehrlinge, die in den Sparten Gastronomie und Einzelhandel ausgebildet werden, profitieren.

110.000 Lehrlinge betroffen

Denn für manche Branchen bedeutet das Gesetz eine deutliche Anhebung der Ausbildungsstunden. Betroffen von der Neuerung sind bundesweit rund 110.000 Lehrlinge in 31 Berufen und an 149 Berufsschulen, insgesamt wurden dafür 200 Lehrpläne überarbeitet oder ganz neu erstellt. Laut Bildungsministerium wird die Neuregelung nach Umstellung aller Jahrgänge auf das neue System 8,5 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr kosten, die Bund und Länder zu gleichen Teilen übernehmen. „Das ist gut angelegtes Geld", ist AK-Präsident Hubert Hämmerle überzeugt. Mit dem neuen Gesetz würde eine alte Forderung von Arbeiterkammer, Gewerkschaft und Gewerkschaftsjugend endlich umgesetzt.

Die Erweiterung der Berufsschulausbildung in manchen Branchen schafft Chancengerechtigkeit zwischen den Lehrberufen. „Da bleibt mehr Zeit, um bisher Versäumtes aufzuholen. Letztlich können die Lehrlinge auch zusätzlichen Unterricht in berufsspezifischen Fächern bekommen", sagt Hämmerle.

Ende der Ungerechtigkeiten

Beispielsweise für gut 10.000 Lehrlinge im Gastgewerbe und für mehrere tausend im Einzelhandel waren bisher nur 1080 Ausbildungseinheiten in der Berufsschule vorgesehen, während es in anderen dreijährigen Lehrberufen längst mehr sind. Das hat im Klartext bedeutet, dass die einen mehr im Betrieb anpacken mussten, während die anderen seltener im Betrieb sind, dafür aber besser auf den Beruf vorbereitet werden. Diese Ungerechtigkeit wird jetzt beseitigt.

Längst noch nicht alles

Für den AK-Präsidenten ist das erst ein Anfang. Die Lehre bedarf dringend einer Imagekorrektur, damit sie endlich die gesellschaftliche Anerkennung erfährt, die ihr gebührt. „Schluss mit dem Lotteriespiel, ob ein Lehrling in einem bestimmten Beruf je nach Lehrbetrieb gut ausgebildet wird oder nicht." Hämmerle, der selber lange ausgebildet hat, redet einem verpflichtenden Qualitätsmanagement in den Lehrbetrieben das Wort. „Wir brauchen einen Kompetenzcheck in der Mitte der Lehrzeit, und wir brauchen Hilfestellungen für die Klein- und Mittelbetriebe, die selber in der Ausbildung an ihre Grenzen stoßen. Denn den Facharbeitermangel werden wir nicht durch Importe lösen, sondern nachhaltig nur mit einer Ausbildungsoffensive."

Foto: Jürgen Gorbach / AK

Hämmerle: Die Untergrenze von 1260 Berufsschulstunden kommt vor allem den Lehrlingen in Gastronomie und Einzelhandel zugute.

Lehrzeit

Duale Ausbildung
Ein Lehrling erfährt seine Ausbildung an zwei Orten: im Betrieb und in der Berufsschule.

Ausbildungsplan
Für jeden Lehrberuf gibt es einen Rahmen- und Landeslehrplan, der Pflichtgegenstände, unverbindliche Übungen und Freigegenstände enthält.

Berufsschulzeit
Ab Herbst soll nun in jeder Sparte eine Mindestanzahl von 1260 Stunden gelten.

AK LEHRLINGS-TIPP

von Birgit Kaufmann, Lehrlingsabteilung der AK Vorarlberg

Ferialjob

Wer im Sommer einen Ferialjob antritt, sollte einige rechtliche Informationen beachten: Ein Ferialjob ist ein normales Arbeitsverhältnis. Es ist ab Vollendung der Schulpflicht und des 15. Lebensjahres erlaubt. Es gelten die üblichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen bzw. der jeweilige Kollektivvertrag, darin sind beispielsweise die Entlohnung und die Arbeitszeit geregelt. Die AK Lehrlings- und Jugendabteilung empfiehlt, auch bei einem Ferialjob die Arbeitsstunden lückenlos mitzuschreiben. Auch Ferialarbeiter haben Anspruch auf eine schriftliche Abrechnung. Die Endabrechnung hat neben dem Lohn auch die kollektivvertraglich vorgeschriebenen Sonderzahlungen zu enthalten. Außerdem entsteht ein aliquoter Urlaubsanspruch. Sollte dieser nicht konsumiert werden, muss der offene Urlaub bei der Endabrechnung als Urlaubsersatzleistung ausbezahlt werden. Genauso muss einem Ferialarbeiter die An- und Abmeldung von der Gebietskrankenkasse ausgehändigt werden. Dasselbe gilt für ein Dienstzeugnis, auf das ein Ferialarbeiter Anspruch hat. Besonders für künftige Bewerbungen sollte dieses auf jeden Fall angefordert werden.

▶ **Information und Beratung:** www.akbasics.at

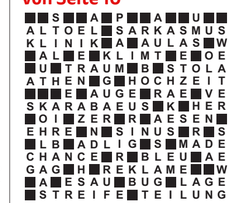
JETZT FAN WERDEN!
Find us on Facebook
facebook.com/akvorarlberg

Hol dir deine Powerbank!

Die AK gratuliert allen zum Lehrabschluss und packt ein Geschenk gleich mit dazu: Eine leistungsstarke Powerbank und einen 100-Euro-AK-BasicsBonus.

▶ **Das Bestellformular** findest du auf www.akbasics.at

Auflösung des Rätsels von Seite 10



Das gesuchte Lösungswort heißt: KONSUMENTENSCHUTZ

TREFFPUNKT AK VORARLBERG Menschen bewegen

ZAHL DES MONATS. So viele Stunden nutzen Personen im Alter von 18 bis 29 Jahren ihr Handy am Tag. Das geht aus einer neuen Erhebung der AK hervor.

4,3

HERO. Der hat gut lachen: Der Messepark wird heuer 30 Jahre alt. Eine Erfolgsgeschichte, geschrieben von Burkhard Dünser und seinem ganzen Team.

ZERO. Mit dem Schuldspruch hat Kärntens Ex-Landeshauptmann Gerhard Dörfler die Vergangenheit doch eingeholt. Er und die Seinen haben Untreue zu verantworten.

Fotos: russmedia, APA, picturedesk.com

Foto: Jürgen Gorbach / AK

V. l.: Betriebsrat Ewald Wieser, AK-Präsident Hubert Hämmerle, Betriebsratsvorsitzender Dietmar Dünser.

Schriftlich deponiert

UNTERSCHRIFTEN. Betriebsräte in ganz Vorarlberg sammeln noch immer Unterschriften gegen die Kalte Progression. So trugen namens der Belegschaft der Zumtobel Group der Betriebsratsvorsitzende **Dietmar Dünser** und Betriebsrat **Ewald Wieser** das nächste Protestpaket in die AK Vorarlberg. Präsident **Hubert Hämmerle** leitet es gerne nach Wien weiter, denn die Lösung der österreichischen Bundesregierung entspricht keineswegs dem Willen der Vorarlberger Arbeitnehmer. Die verlangen eine vollkommene Abschaffung der verdeckten Steuererhöhung.

AK-Präsident besucht Luftfahrtpionier Wucher

AK-Präsident Hubert Hämmerle machte sich beim Betriebsbesuch von Vorarlbergs führendem Luftfahrtspezialisten Wucher Helicopter in Ludesch ein Bild.

LUFTFAHRT. Ob bei den Dreharbeiten für den letzten James-Bond-Blockbuster „Spectre“ oder beim Formel-1-Grand-Prix in Spielberg, Wucher Helicopter ist vor Ort mit dabei. Gegründet wurde die Firma 1975 von **Hans Wucher**. Anfangs beschäftigte man sich ausschließlich mit Transportflügen anlässlich der Erschließung eines Schigebietes. Der Firmengründer kam erstmals bei der großen Lawinenkatastrophe 1954 im Großen Walsertal, Montafon und Klostertal in Kontakt mit Hubschraubern. Die US-Armee und private Schweizer Helis waren damals tagelang im Rettungseinsatz.

Wucher entdeckte die rotorbetriebenen Flieger als optimales Transportmittel für Baustellen im Gebirge. Schon damals war die Faszination groß, und heute ist vom Transport über Flugrettung bis hin zum Shuttle-Service am Red-Bull-Ring in Spielberg alles dabei.

Rund 50 Mitarbeiter beschäftigt Wucher, darunter zehn Berufspiloten. In Österreichs Lufttransportlandschaft ist man Marktführer „bei allem, was unter einem Hubschrauber hängt“, so Geschäftsführer **Gerhard Huber**. Zudem vertrauen viele Kunden wie etwa die Bundespolizei ihre Helis dem Flugspezialisten zum Service an oder wenn das „Pickerl“ wieder einmal fällig ist – was bei Hubschraubern nach maximal 4000 Flugstunden oder nach zehn Jahren der Fall ist. Dabei wird das Fluggerät von den Wucher-Technikern nahezu komplett zerlegt und wieder zusammengebaut, danach ist es technisch praktisch wieder neuwertig.

AK-Präsident Hubert Hämmerle mit der Service-Crew des Heli-Spezialisten Wucher.

In der „Einsatzleitung“ mit den Geschäftsführern Gerhard Huber (mi.) und Thomas Türtscher (re.).

Fotos: Jürgen Gorbach / AK

WIEDEREINSTIEG IN DEN BERUF

Foto: Jürgen Gorbach / AK

Beim „Frühstück: Wiedereinstieg“ informierten sich rund 100 Frauen und einige Männer über die Möglichkeiten, nach der Karenz wieder in die Berufswelt einzusteigen. Das Frühstück wurde schon in seiner dritten Auflage in Zusammenarbeit mit dem Land Vorarlberg, dem AMS und dem ÖGB veranstaltet.

SCHULKLASSEN IN DER AK

Fotos: Jürgen Gorbach / AK

Schulklassen ... besuchen die AK Vorarlberg regelmäßig, um sich über das umfangreiche Service- und Beratungsangebot der Arbeiterkammer zu informieren – so auch die Klasse B1b von der Landesberufsschule Dornbirn und die Klasse 3b der Mittelschule Frastanz.